

## Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Jänner 1923

22 Dokumente, 60 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum Jänner 1923.

Die Texte der Dokumentation beziehen sich damit auf eine Zeit, in der Josef Frey zwar noch eine tragende Rolle in der KPÖ spielte. Gleichzeitig aber begann - und auch davon legen einige der Texte Zeugnis ab - bereits die massive parteiinterne Kritik an Josef Frey. Wenig später, am 6. Reichsparteitag der KPÖ (ab 3. März 1923), entlud sich diese Stimmung: Am Parteitag erreichte eine heterogenen Gruppe um Franz Koritschoner und Karl Tomann eine Mehrheit; die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt..

Manfred Scharinger, 2.6.2026

### KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Jänner 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Org.Büro der KPÖ	Rundschreiben Nr. 11	1.1.1923	3
2	Angestelltenrat	Resolution an den Parteivorstand	4.1.1923	1
3	xxx	Brief an Josef Frey (mit stenografischen Notizen von Josef Frey)	4.1.1923	3
4	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll Parteivorstandssitzung Nr. 54	4.1.1923	1
5	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll Parteivorstandssitzung Nr. 55	5.1.1923	1
6	kommunistische Fraktion der Bauarbeiter	Beschluss	[ca. 5.1.1923]	1
7	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll Parteivorstandssitzung Nr. 56	8.1.1923	1
8	KPÖ-Parteivorstand	Protokoll Parteivorstandssitzung Nr. 57	9.1.1923	7
9	KPÖ-Parteivorstand	Brief an die kommunistische Fraktion der graphischen Exekutive	9.1.1923	2
10	Komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates	Erklärung an den Parteivorstand der KPÖ	11.1.1923	2
11	KPÖ-Reichsvertretung	Protokoll Reichsvertretungssitzung [beschädigt]	14.1.1923	20
12	Josef Schuster und Karl Basel (Ordnerreferent der Lokalorganisation Neubau)	Brief an den Parteivorstand der KPÖ	15.1.1923	2
13	KPÖ-Lokalgruppe Ortmann-Pernitz	Brief an das Reichssekretariat für Organisation (Adolf Fally)	16.1.1923	2
14	Vollzugsbüro der R.G.I. (gez. Enderle August)	Brief an die KPÖ [Fragment]	18.1.1923	1

15	EKKI der Kommunistischen Internationale	Brief Nr. 100 an die KPÖ-Parteizentrale	22.1.1923	2
16	Adolf Fally	Brief an Josef Frey	23.1.1923	2
17	Daniel Karl	Brief an Franz [Koritschoner?] und Gruber	24.1.1923	2
18	Ketzlik (für die Graphische Exekutive)	Brief an den KPÖ-Parteivorstand	24.1.1923	2
19	Komm. Fraktion des erweiterten Gewerkschaftsrates	Resolution	25.1.1923	1
20	[Pol. Büro des KPÖ-Parteivorstandes]	Brief an die komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates	27.1.1923	1
21	Org.Büro der KPÖ	Organisatorisches Rundschreiben Nr.13 [betreffend die Ordnerfrage]	27.1.1923	2
22	Adler Alfred	Brief an Josef Frey <sup>1</sup>	28.1.1923	1
				<b>60</b>

---

<sup>1</sup> Der Brief von Alfred Adler wurde in die Sammlung aufgenommen, obwohl er auf den ersten Blick nicht in den Rahmen der KPÖ-internen Diskussion passt. Aber der innerparteiliche politische Kampf gegen Josef Frey wurde u.a. auch damit geführt, dass dieser an einer Nervenkrankheit leide. Der Brief ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

ergeht an alle Landesleitungen und Lokalausschüsse.

I. Betrifft Personalveränderung im Reichssekretariat für Organisation und Zeichnungsberechtigung.

Genosse Deubler, der bisherige Reichssekretär für Organisation wurde aus politischen Gründen zu mehreren Monaten Gefängnishaft verurteilt und tritt dieser Tage seine Strafe an. Der Parteivorstand hat für die Dauer der Gefängnishaft des Gen. Deubler den Gen. Gruber, Fritz einstimmig mit der Führung des Reichssekretariats für Organisation betraut.

Dementselbst zeichnen bis auf Widerruf:

1. mit der Klausel "Im Auftrage des Org. Büros" der Genosse F r e y als Vorsitzender des Org. Büros in Vertretung (abgekürzt: i. V.), und der Genosse G r u b e r als Reichssekretär für Organisation.
2. mit der Klausel "Der Reichssekretär für Organisation" zeichnet Gen. G r u b e r .

Mit dieser Verfügung wird das Rundschreiben Nr. 6a vom 24. Juli d. J. korrigiert.

II. Betrifft Sammlungen für den Inhaftiertenfond.

Da die Verurteilung des Gen. D e u b l e r aus rein politischen Gründen erfolgte, also klar eine politische Verfolgung darstellt, hat der Parteivorstand beschlossen, den Gen. Deubler während der Dauer seiner Haft aus dem Inhaftiertenfond zu unterstützen. Da jedoch der Inhaftiertenfond nur ausserordentlich geringe Einnahmen hat (5 % von jedem Beitrag) so ist es notwendig, den Inhaftiertenfond grössere Mittel zuzuführen. Der Parteivorstand ersucht daher sämtliche Lokalorganisationen bei passenden Anlässen für den Inhaftiertenfond Sammlungen zu veranstalten und sie mit der Bestimmung: "Für den Inhaftiertenfond" an die Reichskassa abzuschicken. Wenn jede Lokalorganisation in jeden Monat ein entsprechendes Schärfflein dem Inhaftiertenfond widmet, so wird es möglich sein, dem Gen. Deubler eine entsprechende Unterstützung zu gewähren. Gen. Deubler braucht die Unterstützung aus zwei Gründen: 1. seiner Familie wegen (er hat eine Frau und zwei Kinder) und zweitens weil hier ein gemeiner Racheakt vorliegt. Trotzdem es sich um eine politische Sache handelt, wurde er als gemeiner Verbrecher verurteilt und soll nun auch als gemeiner Verbrecher behandelt werden. Es ist unsere Pflicht, ihm und seiner Familie diese schwere Lage, soweit als es in unseren Kräften steht, zu erleichtern.

III. Betrifft Versammlungsanzeigen und Referentenanforderungen.

Wir machen alle Organisationen noch einmal darauf aufmerksam, dass Versammlungsanzeigen und Referentenanforderungen nur schriftlich und mit Stempel und Unterschrift versehen, vom Reichssekretariat berücksichtigt werden können. Auf telephonische Anrufe oder nicht ordnungsgemässe unterfertigte schriftliche Anforderungen kann das Reichssekretariat wegen der Gefahr einer eventuellen Mystifikation nicht eingehen.

IV. Betrifft Sammlungen.

In den letzten Monaten wird innerhalb der Partei unter allen möglichen Titeln gesammelt. Zu gleicher Zeit ist die bedauerliche Tatsache festzustellen, dass der wich-

tigste Sammlungsfond der Partei, nämlich der Presse und Propagandafond in den letzten Monaten fast ganz vernachlässigt wird. Daran sieht sich das Org. Büro veranlasst, in Nachfolgenden den Grad der Wichtigkeit der einzelnen Fonds für die Partei klarzustellen.

a) Der wichtigste Fond der Partei ist gegenwärtig der Presse und Propagandafond. Die Sammlungstätigkeit der Organisationen muss in erster Linie den Presse und Propagandafond dienen.

In letzter Zeit macht sich innerhalb der Organisationen und auch der kommunistischen Betriebsfraktionen eine verstärkte Sammlungstätigkeit für den Gewerkschaftsrat bemerkbar. Insbesondere bei öffentlichen Versammlungen, Mitgliederversammlungen, bei Betriebsversammlungen (die von der Partei oder von der kommunistischen Betriebsfraktion veranstaltet werden,) macht sich eine verstärkte Sammlungstätigkeit für den Gewerkschaftsrat bemerkbar.

In der gegenwärtigen Periode ist die Arbeit auf gewerkschaftlichen Gebiete die Hauptaufgabe der kommunistischen Partei und daraus folgt, dass auch auf finanziellen Gebiete die Partei einen bedeutenden Teil ihrer finanziellen Kraft der Gewerkschaftsarbeit widmen muss.

Die Auslagen der Partei für die Gewerkschaftsarbeit sind an und für sich schon gross und die Partei ist entschlossen, diese Auslagen für die Gewerkschaftsarbeit noch zu vermehren.

Aber der zentralistische Charakter der Partei erfordert auch die Zentralisierung der Finanzen, erfordert auch die Zentralisierung der Sammlungstätigkeit. Aus diesem Grunde werden die Landesleitungen und die Lokalausschüsse angewiesen dafür zu sorgen, dass die Sammlungen, die von Parteiorganen (Landesparteitagen, Landesleitungen, Vollversammlungen, Lokalausschüssen, kommunistischen Arbeitsgruppen, kommunistischen Fraktionen, insbesondere kommunistischen Betriebsfraktionen) bei Versammlungen und Konferenzen, welcher Art immer, ausschliesslich dem Presse und Propagandafond der Partei (sei es nun der Reichsorganisation, der Landesorganisation oder der Lokalorganisation) zugeführt werden müssen. Es obwaltet natürlich kein Hindernis, wenn etwa das einsammelnde Parteiorgan der Sammlung eine bestimmte Widmung beifügt, etwa „Für Bildungszwecke“ oder „Für die Soldatenaufklärung“ oder „Für gewerkschaftliche Zwecke“ etc. Es ist selbstverständlich, dass die mit einer solchen Widmung abgeführten Gelder in Sinne dieser Widmungen verwendet werden. Auch in Landes- und Lokalmassstabe geht die Sammlung für den Propagandafond der Landes-, bzw. der Lokalorganisation immer allen anderen Sammlungen voran.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Name „Presse- und Propagandafond“ bzw. „Propagandafond“ absichtlich von der Partei statt des Namens „Kampffond“ gewählt wurde, um nicht die irriige Auffassung aufkommen zu lassen, dass etwa in Streikfälle streikende Parteimitglieder Anspruch auf Unterstützung aus dem Kampffond der Partei haben. In Wirklichkeit aber ist der Presse und Propagandafond nichts anderes als der Kampffond der Partei, der allen anderen Fonds vorausgeht. Dies wurde übrigens bei den Beratungen der Statutenkommission während des Parteitages 1922) ausdrücklich festgestellt.

Auch in Landes und Lokalmassstabe sind daher grundsätzlich Landessammlungen bzw. Lokalsammlungen in erster Linie den Landespropagandafond, bzw. den Lokalpropagandafond zuzuführen, das heisst: in lokalen Massstabe gehen Sammlungen für den Lokalpropagandafond den Sammlungen für alle anderen lokalen Fonds voran. Ebenso gehen in Landesmassstabe die Sammlungen für den Landespropagandafond den Sammlungen für alle, welchen Namen inner haben Landessammlungen voran. Es ist Sache der Landesleitungen bzw. der Lokalausschüsse jeweils darüber zu bestimmen, welchen konkreten Zweck die gesammelten Gelder zuzuführen sind.

Insoweit bestimmte Widmungen vorliegen, sind natürlich auch die Landesleitungen und Lokalausschüsse verpflichtet, widmungsgemäss vorzugehen.

b) An zweiter Stelle stehen gegenwärtig die Sammlungen für den Inhaftiertenfond. Der Klassenkampf verschärft sich immer mehr. Es ist kein Zweifel mehr, dass wir auch in Österreich einer Verfolgungsära entgegengehen und es ist gut, wenn die Organisationen jetzt schon daran denken, den Inhaftiertenfond zu stärken.

c) An dritter Stelle steht gegenwärtig die Sammlungstätigkeit für den Lokalfond. Die Wahlen in die Nationalversammlung nahen heran. Die Sammlungen für den Landeswahlfond werden erst einsetzen, sowie Wahlen in Landesmasstabe kommen. Die Sammlungen für den Reichswahlfond werden erst beginnen mit dem Tage der Wahlausschreibung.

V. Betrifft Versammlungen mit dem Thema: „Berichte vom IV. Kongress der III. Internationale“, „Berichte vom II. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale“ und „Die Lage in Sowjetrussland“

Organisationen, die grössere, öffentliche Versammlungen mit diesen Themen veranstalten wollen und die Referenten aus dem Kreise der eben erst aus Russland zurückgekehrten Delegierten beanspruchen, mögen das Reichssekretariat für Org. rechtzeitig verständigen.

VI. Betrifft Vorsorge für eine eventuelle Verfolgungsära.

Um auch in Zeiten einer eventuellen Unterbindung der legalen Verbindungsmöglichkeit zwischen Parteizentrale und den einzelnen Landes- und Lokalorganisationen die Verbindung aufrechterhalten zu können, ersuchen wir alle Landes- bzw. Lokalorganisationen uns umgehend den Namen und die genaue Adresse eines völlig zuverlässigen aber in der Bewegung nicht besonders bekannten Genossen mitzuteilen, damit wir in Notfälle über diesen Genossen mit den Organisationen verkehren können.

Diese ausgesuchten „Zuverlässigen“ haben keine andere Funktion, als die Funktion eines verlässlichen „Briefkastens“. Der Name des Zuverlässigen darf nur den betreffenden Lokalausschuss bzw. der betreffenden Landesleitung bekannt sein. Jede Landesleitung, jeder Lokalausschuss hat Name und Adresse ihres „Zuverlässigen“ in einer absolut sicheren Weise anher bekanntzugeben. Es besten nicht per Post, sondern durch einen absolut verlässlichen Genossen, der gelegentlich seiner Reise nach Wien in einen verschlossenen Brief die Mitteilung über Name und Adresse des „Zuverlässigen“ anherbringt. Dieser Brief muss ordnungsmässig von der Landesleitung, bzw. dem Lokalausschuss mit Stampiglie und Unterschrift bezeichnet, gut verschlossen sein und muss persönlich und eigenhändig dem Reichssekretär für Org., dem Gen. G r u b e r übergeben werden. (Im Laufe des Monats Jänner sind an das Reichssekretariat für Org. sämtliche Namen und Adressen aller Funktionäre, sowohl im Lande als im lokalen Massstabe, soweit sie die Partei betreffen, mitzuteilen.)

Im Auftrage des Org. Büros:

Parteiintern.

R e s o l u t i o n des A n g e s t e l l t e n r a t e s  
an den P a r t e i v o r s t a n d .

Einstimmig gefaßt am 4. Jänner 1923.

Der Angestelltenrat sämtlicher komm. Fraktionen der Angestelltenverbände lenkt die Aufmerksamkeit des Parteivorstandes auf die lebhafteste Agitation die gegen den komm. Gewerkschaftsrat getrieben wird. Der Angestelltenrat ~~verweist~~ verweist auf die Notwendigkeit dieser die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften gefährdenden Tätigkeit entgegen zu treten. Mit Befremden betrachtet der Angestelltenrat die an Sabotage grenzende Behandlung von Angestelltenankündigungen und Fragen durch die Rote Fahne.  
Einstimmig erklärt der Angestelltenrat sämtliche Beschlüsse der Kommintern und Profintern befolgen zu wollen, verwahrt sich aber entschieden dagegen, dass in Verkennung des Wesens der komm. und revolutionären Gewerkschaftsarbeit die Wirksamkeit der Blocks erschwert wird. Weitere Veröffentlichungen in der Roten Fahne von der Art der letzten Veröffentlichung der Resolution des Parteivorstandes müssen als Parteischädigende Handlung aufgefaßt werden.

Für den Angestelltenrat



*[Handwritten signatures]*

Wien, 4. Januar 1923

Lieber Franz!

Die Dinge haben eine Entwicklung genommen die es mir unmöglich macht, die Aufgabe zu erfüllen, die ich mir gestellt habe. Ich war so bemüht, dass die für die Partei beste Form der Lösung aller inneren Kräfte, von denen sie immer wieder geschüttelt wird, die konstanten zwischen Dir und Franz sei. Ich habe alles getan was in mir zu schaffen lag damit sie zustande kommt; sie ist gescheitert an dem historischen Einverständnis. Die Beseitigung dieses Hindernisses die eine Frage längerer Zusammenwirkens und gegenseitigen Versehens war, ist unmöglich geworden. Am selben Augenblick, wo die Sache zu einer Sachfrage mündet. Es ist wahr, die Lösung der gegenseitigen Beziehungen in der Partei ist unhaltbar, es müssen klare eindeutige Verantwortungen geschaffen werden und dies so rasch als möglich, aber auch wenn es auf dem Weg nicht erreichen kann den Du jetzt anfragst, ist mir klar. Es ist wahr, die Frage der Führung mündet gelöst werden und ich wie auch Franz finde der Ansicht, dass sie zu kommen soll, aber das ist schon gar keine Sachfrage sondern nur eine Frage der geistigen Überlegenheit. Sie lässt sich nicht zwingen, und kann nur gelöst werden durch den Gewinn der Beherrschung aller Probleme, und das erfordert wiederum längere sachliche Zusammenarbeit. Es ist das denkbar verkürzteste Weg, den mir in jetzt einflößt, das Resultat kann mir das Gegenteil davon sein. Wir haben über diese Sache genug oft gesprochen, aber ich kann es meinen Standpunkt zur Genüge.

Ich kann nicht mein persönliches Verhalten zu dir, es ist mir  
notwendig unmöglich in der Sache der Kutschkutschen zu spielen. Wenn  
auf der Situation nicht so steht wie du sie siehst, nämlich so,  
dass ich mich entweder für dich oder Franz werde entscheiden müssen,  
ist es die das kleinste Übel, so habe ich dich, so ist die verhalten,  
mühsam hätte ich die wie er jetzt besprochen waren, mehr das  
Recht von dir fordern können zu verlangen als notwendig wäre  
wie das gut ist. Ich bin, das die Voraussetzung jeder erfolgreichen  
Arbeit ist, aufrecht zu erhalten zu können. — Meine Aufgabe  
ist offenbar, da du länger Zeit konnte ich nicht, der persönlich  
als Freund werden als der allein ich nicht, der gegenwärtigen  
Kreisläufe die mit der Lage verkehren können. In Deinen Briefen  
du ich noch zu sehr prominent einer bestimmten Linie  
mit als solcher ist wie das Maßverhältnis der allein Beziehungen,  
gen nicht möglich, wenn diese Linie angegeben ist. Deshalb  
glaube ich, dass es besser ist wie jedes ohne Verbindung, in Freund  
pflegt aneinander.

In diesem Konflikt der zu geht wird aller Schärfe  
entzogen wird, nicht ist nicht zu alleinigen Rückblicken das  
Interesse der beiden Parteien, ohne Rücksicht auf Personen, ob  
sie mir mein mein, weiter oder weiter stehen. Für den  
einen Hinweis habe ich, dass dieser Kauf nicht ganz einfach  
baren Formen der ... hier Lösung ist und des ...

auszunehmend. Es ist die Forderung nicht annehmbar  
Es liegt im Interesse der Partei nicht zuletzt im Interesse  
des in der Atmosphäre der auflebenden Demokratie und  
Andere Ziele als das beste Objekt.

Es war mir nicht leicht mit diesem Brief zu schreiben,  
wie sich miteinander sehr gut angekommen und auf die  
gegründete Freiheit voran zu rücken. Jetzt glaube ich nicht  
dass es möglich sein wird, das bisherige Vertrauen der Partei  
bei der Wahl erworben habe in geeigneter Weise für die  
Partei nutzbar zu machen und daher will ich warten.

Es würde mich freuen

*[Faint, mostly illegible handwritten text, possibly a signature or a list of names]*

der Parteivorstandssitzung am 4. Jänner 1923.

Beginn: 5 Uhr

Anwesend: Tomann, (Vorsitz) Frey, Strömer, Stern, Schlamm, Kastner, Friedländer, Riess, Koritschoner, Gruber, Richter,

Tagessordnung:

1. Protokolle
2. Die Gewerkschaftsfrage.

Zu Punkt 1. Die Protokolle 34, 49, 50, 51, und 52 werden ratifiziert.

Gen. Stern gibt zu Protokoll, dass er zwar bei der letzten P.V. Sitzung nicht anwesend war, aber heute nach Kenntnisnahme des Protokolls dieser Sitzung und nach Anhören der Ausführungen des Gen. Frey, wonach dem Parteivorstand bei strittigen Fragen in der Auslegung von Profintern-Beschlüssen, die Entscheidung zustehen müsse, nachträglich für den Antrag Frey stimme.

Gen. Tomann bezweifelt, dass es möglich sei, in der Weise, wie es Gen. Stern eben getan habe, ein Stimmrecht auszuüben.

Zu Punkt 2.

Gen. Frey teilt mit, dass dem politischen Büro eine Zuschrift des graphischen Blocks eingehändigt worden sei (siehe Beilage) und beantragt, diese zu verlesen und dann ihm das Wort dazu zu erteilen. (wird angenommen und die Resolution verlesen)

Gen. Frey verliest nach einer längeren Einleitung eine von ihm entworfene Antwort auf diese Resolution und stellt diesen Entwurf der Antwort zur Debatte.

Gen. Gruber spricht zu dieser Resolution und stimmt dem Entwurfe des Gen. Frey im Grossen und Ganzen zu.

Gen. Strömer polemisiert gegen den nach ihrer Ansicht zwar notwendigen aber etwas übertriebenen Zentralismus in unserer Partei und erklärt denselben nicht, als den ~~Weg~~ Kern einer kommunistischen Partei. Sie glaubt, dass wir uns entweder für eine kleine- aber gut zentralistische Partei oder aber für eine etwas weniger zentralistische- aber Massenpartei entscheiden müssen. Sie verweist auf die uns von der Komintern zugewiesene Aufgabe der Blockbildung in den Gewerkschaften und findet die Taktik des politischen Büros und besonders des Gen. Frey mit dieser Aufgabe unvereinbar.

Gen. Koritschoner sagt, dass die Taktik, die die kommunistischen Gewerkschaftler, ~~was~~ nach der Ansicht des Gen. Frey einschlagen müssten, mit der Taktik der Blockbildung vereinbar sei und warnt vor dem weiteren Beschreiten dieses Weges.

Gen. Frey schlägt vor wegen vorgeschrittener Zeit die Sitzung zu unterbrechen und am nächsten Tage die Debatte fortzuführen (wird angenommen)

Schluss der Sitzung 6.45

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

der Parteivorstandssitzung am 5. Jänner 1922.

Beginn: 4.30

Anwesend: Tomann (Vorsitz), Frey, Stern, Kästner, Richter, Koritschoner,  
Friedländer, Strömer, Schlamm, Gruber.

Tagesordnung:

1. Protokolle,
2. Gewerkschaftsfrage (Fortsetzung der Debatte vom Vortage)

Zu Punkt 1.)

Die Protokolle Nr. 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41  
werden ratifiziert.

Zu Punkt 2.)

Es sprechen: Friedländer, Schlamm, Stern, Koritschoner  
zur Resolution des graphischen Blocks / dann hält  
F r e y, das Schlusswort. Es wird beschlossen, den  
Antwort des Gen. Frey erst in der nächsten Sitzung  
endgültig abzustimmen.

Der zweite Punkt der Anträge F r e y (siehe  
Beilage / zu Protokoll Nr. 52) wird nach längerer  
Debatte mit 5 gegen 2 Stimmen angenommen. Dafür  
stimmen die Gen.: Frey, Stern, Gruber, Schlamm und  
Friedländer, dagegen: Gen. Riess und Kästner; die  
Gen. Strömer, Koritschoner und Tomann enthalten  
sich der Abstimmung.

Nächste Sitzung Montag, den 8., 4 Uhr nachm.

Schluss der Sitzung 7 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

*Kampf Beilage 7!*

## B E S C H L U S S

Im Auftrage des Blocks der revolutionären Bauarbeiter bringen wir dem Parteivorstand folgenden Beschluss zur Kenntniss, der in der Fraktionssitzung vom 5. d. beschlossen wurde.

Die kommunistische Fraktion der Bauarbeiter stellt sich vollinhaltlich auf der Grundlage der Bestimmungen und Beschlüsse der Komintern und Profintern und sind sich bewusst, dass die Tätigkeit der Kommunisten in allen proletarischen Organisationen von den Gesichtspunkt der Stärkung der kommunistischen Partei und den kommunistischen Zielen ausgehen muss.

Die kommunistische Fraktion der Bauarbeiter stellt sich wäiter wie bisher auf den Standpunkt der Untersteckung aller kommunisten Fraktionen unter den Parteinstanzen analog den Bestimmungen und Richtlinien der ersten Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen vom 7. und 8. Mai 1920 wo präzise und klar das Verhältniss zwischen Partei und Gewerkschaft festgesetzt ist.

Umsomehr müssen wir stark gegenüber dem Parteivorstand unser Befremden ausprechen der eine Resolution über das Verhältniss der Kommunisten in der Gewerkschaftsarbeit zur Partei veröffentlichte liess über die man wohl parteiintern sprechen und eine solche unter Umständen beschliessen kann, die aber durch die Veröffentlichung unsere besser wirksame Tätigkeit unterbindet und die kommunistische Partei schädigt.

Wir müssen daher im Interesse der kommunistischen Partei gegen die Veröffentlichung den schärfsten Protest einlegen und erwarten vom Parteivorstand, dass derartige Veröffentlichungen die den Beschlüssen der Profintern über „gewerkschaftliche Taktik der Kommunisten“ widersprechen und die kommunistische Partei schädigen, vermieden werden müssen.

*für die Komintern Fraktion  
der Bauarbeiter*

*Frankfurt am Main*

*König Johann*

*Frederik Robert W. Thomsen*

der Parteivorstandssitzung vom 8. Jänner 1923.

Beginn: 1/2 5 Uhr.

Anwesend: Tomann, (Vorsitz), Frey, Schlamm, Stern, Friedländer,  
Koritschoner, Strömer, Gruber, Richter, Kastner,

Tagesordnung:

1. Protokolle
2. Gewerkschaftsfrage.

Zu Punkt 1.

Es werden alle noch nicht ratifizierten Protokolle ratifiziert.

Zu Punkt 2.

Gen. F r e y verliest die von ihm nocheinmal umstilisierte Antwort auf die Resolution der Graphiker.

Die Abstimmung darüber wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung wird in die Diskussion der Thesen des Gewerkschaftsrates und der Anträge des Gen. F r e y (siehe Beilage 52) eingegangen.

Gen. F r e y erläutert eingehend seine Anträge im Zusammenhang mit den Thesen des Gewerkschaftsrates. Daran schliesslich eine lebhaftige Debatte, an der sich alle Genossen beteiligen.

Schluss der Sitzung um 1/2 8 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

*K. Tomann*

der Parteivorstandssitzung vom 9. Jänner 1923.

Beginn 4.45

Anwesend: Tomann (Vorsitz), Frey, Stern, Kastner, Schlaam, Friedländer, Strömer, Gruber, Keritschoner, Richter.

Tagesordnung: Die Gewerkschaftsfrage.

Gen. Frey referiert eingehend über die eingebrachten Thesen des Gewerkschaftsrates und über seine Anträge.

Nach einer längeren Debatte, an der sich alle Genossen beteiligten, werden die Punkte II, III, IV, der Thesen des Gewerkschaftsrates über Antrag Frey in folgender Fassung angenommen:

## II.

Verhältnis der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion zur Kommunistischen Partei.

Die Gewerkschaft als eines der wichtigsten Kampfinstrumente im Kampfe des Proletariats um eine Besserung seiner Lebensbedingungen und für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft ist zugleich auch eines der wichtigsten Rekrutierungsgebiete der K.P.

Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in allen Fragen der Partei. Die Betriebsfraktionen der Kommunisten unterstehen der Lokal-Landes-bezw. der Reichsorganisation der K.P. Die kommunistischen Fraktionen der Branchenexekutiven, die komm. Fraktionen der Blocks, sowie die Fraktionen der Kommunisten im Gewerkschaftsrat und schliesslich die komm. Gewerkschaftsfraktion untersteht dem Parteivorstand, der Reichsvertretung und dem Parteitag.

Die komm. Fraktionen sind verpflichtet die Beschlüsse der Parteinstanzen in den Oppositionsblock zur Durchführung zu bringen.

Die im Gebiete der Lokalorganisation bestehenden komm. Fraktionen in den Gewerkschaften unterstehen den Lokalorganisationen. Die im Gebiete der Landesorganisation bestehenden komm. Fraktionen unterstehen den Landesorganisationen und die im Gebiete der Reichsorganisation bestehenden Fraktionen unterstehen der Reichsorganisation.

Hierauf wird der Antrag 1) (Die Fraktionen immer den Blocks voran) des Gen. Frey mit einer kleinen stilistischen Änderung einstimmig angenommen.

Nach längerer Debatte wird auch Punkt 4) der Anträge Frey angenommen, nur wird über Antrag Strömer durchwegs überall an die Stelle des Wortes:

"Dienstverkehr" das Wort: "Verkehr" und an Stelle des Wortes: "Dienststück" das Wort: "Schriftstück" gesetzt

Hierauf wird der Antrag Frey 5 (Wer zeichnet rechtsverbindlich...) mit folgender Änderung angenommen

XIII  
Jänner

An Stelle des Wortes: "rechtserbindlich" wird überall das Wort "verantwortlich" gesetzt und es wird hinzugefügt, dass die kommunistische Fraktion des Gewerkschaftsrates sich auch "Gewerkschaftsrat der K.P.O. betätigen kann."

Sodann wird der Punkt 6 der Anträge Frey mit folgender Aenderung angenommen: Es heisst nun in Absatz 2 "Die Person des Vorsitzenden der komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates bestimmt der P.V. nach Fühlungnahme mit der komm. Fraktion....." Und im letzten Absatz wurde an Stelle der Worte: "dafür zu sorgen" gesetzt: "dahin zu wirken"

Hierauf wird der Antrag 7 des Gen. Frey mit einigen Aenderungen angenommen und zwar wird nach den Worten: "bestimmt" eingefügt: "nach Fühlungnahme mit der komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates. Wird keine Einigung erzielt, entscheidet der P.V."

Sodann wird übergegangen zur Debatte über den Antrag 5 des Gewerkschaftsrates. Ueber Antrag Frey entfällt zunächst der Titel. Der Antrag 5 Abs. 1 wird in dieser Fassung abgelehnt und an seine Stelle gesetzt der Antrag Frey Punkt 2: "Leitung von Aktionen"... den Gen. Frey mit einer teilweise durch Gen. Stern formulierten Weise noch folgender-Massenergänzt: ....damit ihre Arbeit in den Intensionen des P.V. erfolgen kann. Die komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates ist durch als P.V. Mitglieder, welche ihr angehören, rechtzeitig über diejenigen Beschlüsse und Beschlüsse des P.V. zu informieren, deren Kenntnis für sie notwendig ist, damit ihre Arbeit in den Gewerkschaften nach den Intensionen des P.V. erfolgen kann.

Ferner wird der Antrag Frey hinter diesen Absatz (Punkt 3) als neuer Absatz einzufügen beschlossen.

An die Stelle des Antrages Tomann 5 Abs. 2 u. 3 wird über Antrag Frey gesetzt: Antrag Frey 8 wobei der Paseus über die Sammlungen einstimmig in folgender Weise formuliert wird: "Vor Beschlussfassung ..... ist eintraten" unverändert. Hierauf wird eingefügt: "Sammlungen bei kommunistischen Parteiveranstaltungen welcher Art immer und bei zwar rein gewerkschaftlichen Veranstaltungen, wobei jedoch nur Kommunisten anwesend sind, gehören der Partei.

Sammlungen bei Oppositionsveranstaltungen gehören der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung." Gestrichen wird: "Für Sammlungen ..... gehören absolut der Partei."

Bei dem folgenden Absatz: "Ueber die Einnahmen.." wird nach den Worten: "Die kommunistische Fraktion hat" eingefügt: "bei ihrer Stellungnahme". Den Satz: "Im Allgemeinen ..... nicht gefährdet werden" zieht Gen. Frey zurück, da er missverständlich aufgefasst werden kann und es selbstverständlich Recht und Pflicht des P.V. ist, auch wenn es nicht in den Richtlinien steht, in einem solchen Falle einzugreifen. Dagegen wird nach den Worten: "freie Hand" eingefügt: "Die bei den Blocks in Verwahrung im ~~Vermögens~~ befindlichen Gelder werden durch die Kontrollausschüsse der Blocks und die Kontrollkommission des Gewerkschaftsrates kontrolliert."

Ferner wird nach den Worten: "wie der Kampffond des Gewerkschaftsrates selbst" eingefügt: "nur folgende Massen verwendet werden:

1.) Zur Bezahlung von Unterstützungen bei striaks, Aussperrungen oder Massregelungen.

2.) Zur Deckung der Auslagen für Flugblätter, Broschüren und dergleichen, bei Streiks, Aussperrungen und Massregelungen.

3.) Bis zu 10% des Kampffonds des revolutionären Blocks und des Gewerkschaftsrates dürfen verwendet werden zur Deckung von Reisedäten, Briefporto, Telegraph-Telephon und sonstige ähnliche Spesen.

Wenn diese Ausgaben ad Punkt 3) 10% übersteigen, so ist die komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates verpflichtet, vor ihrer endgültigen Stellungnahme in dieser Frage das Einverständnis mit dem P.V. herzustellen. Die personellen und materiellen Kosten der kommunistischen Gewerkschafts-Abteilung trägt die K.P.

Bei der zusammenfassenden Abstimmung aller dieser Anträge, die an Stelle der Anträge des Gewerkschaftsrates 5 treten, ergibt sich folgendes Abstimmungsverhältnis: es stimmen dafür die Genossen: Frey, Stern, Schlamm, Friedländer, Gruber u. Richter; es enthalten sich der Stimmen die Genossen Tomann, Kastner, Strömer und Koritschoner.

Nach dieser Abstimmung stellt Frey an die Gen. R. Tomann und Koritschoner das Ersuchen, den P.V. bekanntzugeben, aus dem Absatz 2 des Antrages Tomann 5 jenen Inhalt über den keine Meinungsverschiedenheit herrscht, zu formulieren und dem P.V. zur Beschlussfassung vorzulegen.

(Es bezieht sich das auf das Beitragsverhältnis für die Profintern und an die I.P.K., wofür volle Einmütigkeit im P.V. herrscht. Sodann wird an Stelle des Antrages Tomann Absatz 4 über Antrag Frey der Antrag Frey Punkt 9 betreffend Anstellungen angenommen. Schliesslich wird auf Antrag Frey Punkt 10 angeworfen.

Die Abstimmung über die Gesamtheit aller dieser Anträge ergibt folgendes Stimmverhältnis: Für die Anträge stimmen: Frey, Stern, Schlamm, Friedländer, Gruber, Richter, während sich die Genossen Koritschoner, Strömer und Kastner der Stimme enthalten.

Die Diskussion über den Antrag Tomann 6: Die nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben wird wegen Mangel an Zeit für eine der nächsten Sitzungen nach der Reichsvertretungssitzung verschoben.

Vor Schluss der Sitzung gibt Frey folgende Erklärung zu Protokoll: "Der in dem vom Gen. Tomann in der Sitzung am 2. I. 1923 bei Einleitung der Gewerkschaftsdebatte mit Zustimmung der Gen. Riess und Koritschoner gestellte Antrag enthält folgende Sätze: "Man legt Gen. Frey Richtlinien vor, welche die Verpflichtung der kommunistischen Gewerkschaftler gegenüber den Profintern Beschlüssen negieren ... Die vom Gen. Frey vorgelegten Thesen beinhalten eine Reihe von Punkten, die im Krassen Widersprüche mit den Beschlüssen der Komintern und Profintern stehen".

Ich ersuche die Gen. Tomann, Koritschoner und Riess nach Abschluss der Debatte vollkommen konkret anzugeben: 1.) In welchem Punkte der Anträge des Gen. Frey die Verpflichtungen der kommunistischen Gewerkschaftler gegenüber der Profintern negiert werden. 2.) In welchen Punkten

die Anträge des Gen. Frey in krassen Widerspruch mit den Beschlüssen der Komintern und Profintern stehen.

Auch Gen. Friedländer gibt eine Erklärung ab, die in einer kommenden Sitzung des P.V. als Grundlage einer Diskussion dienen soll.

1.) Es muss festgestellt werden, dass bis zur Veröffentlichung des einstimmig angenommenen Antrages des P.V. zu den Beschlüssen des IV. Kongresses, bzw. bis zur Einbringung der drei Anträge des Gen. Frey zur Gewerkschaftsfrage weder gegen den P.V., noch gegen das Pol. Büro, noch gegen einzelne Mitglieder des Pol. Büro irgend welche Vorwürfe wegen unrichtiger Einstellung zur Gewerkschaftsarbeit oder wegen mangelhafter gewerkschaftlicher Betätigung erhoben worden waren.

/eigenen

Dagegen hat wiederholt das Pol. Büro des P.V. bzw. der P.V. mangelnde Initiative und eine gewisse Untüchtigkeit der gewerkschaftsabteilung konstatiert und hat auf ~~seinen~~ Antrieb eingegriffen, um die gewerkschaftliche Bewegung der Partei vorwärts zu bringen. Dies war in einer Reihe von Bewegungen und Kämpfen z.B. in dem Kampf gegen die Teuerung, um den Index, Lohnbewegungen, bei dem Strassenbahnerstreik, in der Arbeitslosenbewegung usw. von sichtlichem Erfolg begleitet. Während der verfloßenen Zeit hat sich des Ofteren noch lange vor der Affaire Hubel - nicht nur die Notwendigkeit der Organisation straffer, der Partei untergeordneten kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, sondern auch die Notwendigkeit der genauen Abgrenzung des Verhältnisses zwischen Partei und komm. Gewerkschaftsfraktionen erwiesen, insbesondere aus dem Grunde, um im Sinne der Komintern und Profinternbeschlüssen bei der Arbeit der oppositionellen Blocks rascher vorwärts zu kommen und in der Gewerkschaftsbewegung taktisch richtig operieren zu können.

Die Diskussionen im Parteivorstand die jetzt stattgefunden haben, sowie die im Anschluss daran zu fassenden Beschlüsse, hatten den Zweck, die gekennzeichnete Aufgabe endlich zu lösen. Sie lag durchaus im Interesse sowohl der Partei als auch unserer Arbeit in den Gewerkschaften. Sie war auch insbesondere notwendig im Anschluss an die eben stattgefundenen Kongresse der Komintern und Profintern.

2.) Es ist durchaus unrichtig, dass sich P.V. Mitglieder bei Beschlussfassung über Anträge, die sich als sachlich richtig erklären, der Stimme enthalten, um auf diese Weise ihre Opposition gegen bestimmte Personen des P.V. zum Ausdruck zu bringen. Damit wird eigentlich ausgedrückt, dass komm. Grundsätze nur dann anerkannt werden, wenn sie sich in bestimmten Personen verkörpern.

Dagegenüber ist festzustellen, dass es selbstverständliche Pflicht eines Kommunisten ist, seine Stellungnahme bei Beschlüssen lediglich vom sachlichen Gesichtspunkte aus zu bestimmen, unbekümmert um die Stellung zu den Personen, die bei den Beschlüssen mitwirken, oder welchen die Beschlüsse zur Durchführung bringen.

Schluss der Sitzung  $\frac{1}{4}$  10 Uhr

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

Nachtrag: Gen. Stern bringt vor Schluss der Sitzung folgenden Antrag ein:

Der P.V. erklärt, dass eine prinzipielle und sachliche Diskussion aller für den Parteitag wichtigen Fragen selbstverständlich zu begrüssen und zu fördern ist, dass aber jedes Parteimitglied die Pflicht hat, mit grösster Sorgfalt darauf zu achten, dass die Form der Diskussion nicht den Feinden der Partei unnötigen Waffen gegen die Partei in die Hand gibt.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Gen. Frey beürwortet den Antrag und betont, dass das Parteiinteresse erfordere, dass sich alle führenden Parteigenossen an dieser Diskussion beteiligen.

Gen. Koritschoner hatte vor der Abstimmung erklärt: Namens der derzeitigen Minorität, möchte ich feststellen, dass wohl einige der Ärgsten Schnitzer aus dem Entwurfe er wurden, dass aber dessen ungeachtet die Tatsache stehen bleibt, dass die ganzen Fragen überflüssigerweise aufgeführt wurde, keinerlei sachliche Gründe dafür vorhanden waren und wir uns und für sich nach den von Kommintern und Profintern angegebenen Richtlinien gearbeitet haben. Wir werden daher, wie zu Beginn der Debatte durch unsere schriftliche Erklärung angekündigt, welche der Kommintern zugegangen ist, uns der Abstimmung enthalten.

Gen. Tomann erklärt zur Erklärung des Gen. S T E R dass die Minderheit für dessen Antrag stimmen werde, jedoch die ganze Aufrollung der Fragen für parteischädlich von Anfang an angesehen habe. Nur um Weiterungen zu vermeiden, hat die Minderheit in die Reglementierung der Diskussion eingewilligt. Wäre es nach uns gegangen, so wäre überhaupt über diese Frage nicht diskutiert worden.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

Diese Erklärung wurde von den Gen. Koritschoner und Tomann als nachträgliche Erklärung dem Gen. Gruber als Reichessekretär f. Organisation am 5. Februar 5 Uhr abends zur Protokollierung übergeben.

*für*

*25/2*

Gen. Koritschoner hatte vor der Abstimmung erklärt: Namens der derzeitigen Minorität, möchte ich feststellen, dass wohl einige der ärgsten Schnitzer aus dem Entwurfe entfernt wurden, dass aber dessen ungeachtet die Tatsache stehen bleibt, dass die ganzen Fragen überflüssigerweise aufgeführt wurden, keinerlei sachliche Gründe dafür vorhanden waren und wir an und für sich nachden von Kommintern und Profintern angenommenen Richtlinien gearbeitet haben. Wir werden daher, wie zu Beginn der Debatte durch unsere schriftliche Erklärung angekündigt, welche der Kommintern zugegangen ist, uns der Abstimmung enthalten.

Gen. Tomann erklärt zur Erklärung des Gen. S T E R N, dass die Minderheit für dessen Antrag ~~ich~~ stimmen werde, jedoch die ganze Aufrollung der Fragen für parteischädlich von Anbeginn an angesehen habe. Nur um Weiterungen zu vermeiden, hat die Minderheit in die Reglementierung der Diskussion eingewilligt. Wäre es nach uns gegangen, so wäre überhaupt über diese Frage nicht diskutiert worden.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

*K. Tomann*

Diese Erklärung wurde von den Gen. Koritschoner und Tomann als nachträgliche Erklärung dem Gen. Gruber als Reichssekretär 1. Organisation am 5. Februar 5 Uhr abends zur Protokollführung übergeben.

*5/223*



F/M

Wien, den 9. Jänner 1923.

An die kommunistische Fraktion der Gewerkschaften

Exekutive, um die Vertretung der Gewerkschaften in der Parteizentrale zu besetzen.

Zu Eurer Resolution hat der Parteivorstand wie folgt Stellung genommen:

1.) Der Grundsatz, dass die kommunistischen Fraktionen der kommunistischen Partei in allen Fragen untergeordnet sind, ist vollkommen öffentlich ausgesprochen in den organisatorischen Thesen des III. Weltkongresses der kommunistischen Internationale und in den Statuten aller kommunistischen Parteien, auch der kommunistischen Partei Österreichs. Dies ist auf dem IV. Weltkongress der K.P. neuerlich festgestellt worden und ist insbesondere den französischen Kommunisten gegen über, die in dieser Hinsicht in einer besonders schwierigen Situation sind, vor aller Öffentlichkeit mit besonderem Nachdruck wiederholt hervorgehoben worden. Nichteinmal die Konzesion wurde den französischen Kommunisten gemacht, dass man die unbedingte Bindung der kommunistischen Fraktionen in den französischen Gewerkschaften gegenüber der kommunistischen Partei Frankreichs in der Öffentlichkeit verschwiegen oder vertuscht hätte. Im Gegenteil, diese Bindung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen gegenüber der K.P.F. wurde vom IV. Weltkongress in aller Öffentlichkeit scharf unterstrichen.

2.) Der Parteivorstand ist zu dieser Überzeugung gelangt, dass eine Anzahl von Genossen, darunter sogar Mitglieder des Parteivorstandes - alle diese Genossen sind zweifellos von der besten Absicht geleitet - die Lösung an die Massen heran objektiv opportunistisch auffassen, indem sie das Wachstum der Partei in die Breite beschleunigen wollen, sei es auch auf Kosten des zentralistischen Charakters der K.P. Angesichts dieser Tatsache musste jener statutarische Grundsatz von der Unterordnung aller Fraktionen, auch der Gewerkschaftsfraktionen, unter die K.P. neuerdings in voller Deutlichkeit unterstrichen werden.

Der Parteivorstand hat nicht übersehen, dass eine solche Unterstreichung den Kommunisten in der Gewerkschaftsarbeit ein gewisses agitatorisches Hemmnis bieten könnte. Aber der Parteivorstand hatte die Überzeugung und hat sie noch, dass der vorübergehende agitatorische Nachteil bei weitem kleiner ist, als der dauernde Schaden, der der Partei dadurch entstehen müsste, wenn der Parteivorstand eine Lockerung des streng zentralistischen Charakters der K.P. zugeben würde.

## II.

3.) Die Konzessionen, welche den französischen Syndikalist<sup>en</sup> gemacht wurden, sind nicht an französische Kommunisten gemacht worden, und dürfen daher schon gar nicht von den österreichischen Kommunisten beansprucht werden.

Wir verweisen Euch in diesem Zusammenhang auf die Resolution des IV. Weltkongresses über die spanische Frage, worin der Weltkongress wörtlich sagt:

„Aber in dieser Anstrengung, das Vertrauen der anarchosyndikalistischen Elemente zu gewinnen, muss die kommunistische Partei es verhüten, ihrer durch die Erfahrungen der spanischen Arbeiterschaft selbst verurteilten Ideologie irgendwelche prinzipielle oder taktische Konzessionen zu machen. Sie muss in ihren eigenen Reihen die Tendenzen, die um die Syndikalistenschneller zu gewinnen, Konzessionen machen wollen, bekämpfen.“

Es ist vorzuziehen, dass die Assimilation der syndikalistischen Elemente langsamer vor sich geht und sie wirklich für die kommunistische Sache gewonnen werden, als dass man sie rascher gewinnt um den Preis von Konzessionen, die in der Zukunft dann die Ursache für neue Krisen werden könnten.“

Wenn der Kongress bei der Gewinnung und Assimilation anarchosyndikalistischer, also links gerichteter Elemente dieses zur Pflicht macht, wie erst bei der Gewinnung und Assimilation v reformistisch und halbreformistisch verseuchten Elementen, um die es sich in Österreich handelt.

4.) Es ist selbstverständlich, dass bei der Schwierigkeit der Gewerkschaftsarbeit von den kommunistischen Gewerkschaftern eine ausserordentlich schmiegsame und vorsichtige Taktik befolgt werden muss. Dazu gehört auch, dort wo es zwecksmässig ist das Auftreten des Gewerkschafters, ohne Hervorhebung der Zugehörigkeit zur K.P.

Aber gerade eine solche schmiegsame Taktik erfordert, um erfolgreich zu sein, eine umso straffere Disziplin, einen umso strafferen Zentralismus von der Betriebsfraktion, über die kommunistischen Spitzenfraktionen hinweg, bis zum Parteivorstand.

5.) Eine Anweiflung dieser Grundlage kommunistischer Taktik durch führende Personen macht es für die kommunistische Partei, deren erstes Gebot ist die Klarheit in allen prinzipiellen Fragen, zu zwingender Pflicht, öffentliche Feststellungen vorzunehmen, die sonst unterbleiben könnten, weil sie gewisse agitatorische Nachteile, die aber in gar keinem Verhältnis stehen zu der Gefahr, die eine innere Lockerung des Gefüges der K.P. mit sich bringen müsste.

Mit Parteigruss

Der Parteivorstand:

ist nicht  
niger

An den Parteivorstand der K.P.D.

Werte Genossen!

Die kommunistische Fraktion des Gewerkschaftsrates erhält Kenntnis, dass gegen die führenden Genossen unserer Gewerkschaftsbewegung der Vorwurf des Syndikalismus erhoben wird; dass angeblich das Bestreben besteht, durch Geldsammlungen die finanzielle Selbständigkeit der Gewerkschaftsabteilung zu erstreben und schliesslich die Absicht bestehen soll, im Gewerkschaftsrat eine "zweite Zentrale" neben den Parteivorstand zu etablieren.

Der Gewerkschaftsrat hat sich in seiner Sitzung am 11. Jänner mit diesen Fragen beschäftigt und stellt Folgendes fest:

Der engere, als auch der erweiterte Gewerkschaftsrat besteht derzeit aus lauter Kommunisten; es wurde bisher und wird auch weiterhin in der Gewerkschaftsarbeit nur von dem Gesichtspunkte der revolutionären Politik und Taktik im Sinne der Beschlüsse der Komintern und Profintern <sup>berichtet</sup> ~~berichtet~~, das Gegenteil kann nirgends nachgewiesen werden.

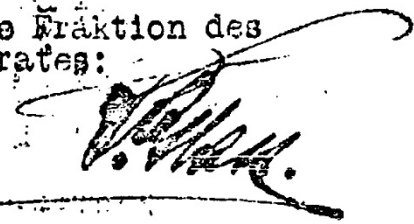
Der Gewerkschaftsrat stellt fest, dass die für den "Kampffond" durchgeführten Geldsammlungen lediglich zur Anschaffung von Blockkarten, Legitimationen und Schaffung eines Katasters der revolutionären Gewerkschaftsblocks bestimmt sind und niemals bei irgendwem die Absicht bestand, durch diese Geldsammlungen die Gewerkschaftsabteilung finanziell oder gar "geistig" unabhängig zu machen. Die Geldsammlungen wurden durch Jahre hindurch geführt und zwar auf Beschluss der Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen vom 7. und 8. Mai 1921, wo vorher in einer Beratung der P.V. seine Zustimmung gegeben hat. Zu den letzten Sammlungen hat sowohl

der engere und der erweiterte Gewerkschaftsrat als auch die Konferenz der Branchenexekutiven die Zustimmung gegeben. Der Gewerkschaftsrat stellt fest, dass die in der Gewerkschaft arbeitenden Kommunisten in allen ihren Handlungen den Beschlüssen der Parteinstanzen der K.P.G. unterstehen und haben bisher nur in diesem Sinne und auf Grund der Beschlüsse und Richtlinien der Komintern und Profintern gearbeitet.

Derartige Behauptungen und Äusserungen, die fortwährend und systematisch von einzelnen Mitgliedern des Parteivorstandes immer wiederholt werden, sind geeignet die Partei zu schädigen und unnützen Konfliktstoff zu schaffen. Die kommunistische Fraktion des Gewerkschaftsrates weist daher all die unbegründeten Anwürfe <sup>se</sup> auf das entschiedenste zurück und fordert vom P.V. Vorsorge zu treffen, dass derartige Äusserungen und Ausstreunungen zu unterbleiben haben.

Die kommunistische Fraktion des Gewerkschaftsrates:

~~.....~~



Protokoll über die Reichsvertretungssitzung vom 14. Jänner 1923.  
=====

- Tagesordnung: -----
- 1.) Bericht über die drei Kongresse in Russland.
  - 2.) Bericht der zur Untersuchung und Urteilsfindung in der Angelegenheit F.T.R. und B. von der R.V. eingesetzten Kommission.
  - 3.) Der Parteitag.
  - 4.) Allfälliges.

Anwesend: -----

Wien:	Hclub, Benesch, Haas, Fiala, Rimovsky, Grün Anna, Schlesinger, Kalischer,	Niederösterreich:	Marosch, Stava, Mayer, [Eaden]
		Steiermark:	Koplenig,
		Tirol:	Idl,
Salzburg:	Deggendorfer,	Oberösterreich:	Pschierer,
		Kärnten:	Klocker.

Ausserdem sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes.  
Ausserdem die Mitglieder der Revisionskommission: Pollak, Pfeiffer.

Als Referent über den Kongress der Profintern: Gen. Ketzlik  
" " " " Jugendkongress: " Fürnberg.

Vorsitz: Tomann                      Schriftführer: Gruber.

Beginn: 9.45

Die Vormittagsitzung wird ausgefüllt mit dem Bericht des Gen. Stern über den 4. Kongress der Komintern und einen kurzen Überblick desselben über die politische Lage sowohl im Weltmasstab, als auch in Oesterreich.

Nach einer einstündigen Mittagspause referiert Gen. Ketzlik über den II. Kongress der Profintern. Derselbe kommt am Schlusse seiner Ausführungen auch auf die seinerzeit vom P.V. veröffentlichte Resolution über die beiden Weltkongresse in der R.F. zu sprechen, solidarisiert sich zwar mit dem Inhalt dieser Resolution, erklärt aber die Veröffentlichung derselben als taktisch unklug und für die Partei schädigend. Er sagt: Als Begründung für die Notwendigkeit der Veröffentlichung wird angeführt der Fall Hubl und Vorkommnisse bei den Eisenbahnern. Aber diese Fälle sind schon lange her, längst erledigt; auch kann bei diesen Fällen nicht dem Gewerkschaftsrat eine Schuld beigelegt werden. Er glaube, dass diese Veröffentlichung ein grober taktischer

Fehler des P.<sup>W.</sup> und dass keine sachlichen Gründe für dieselbe vorliegen, sondern, dass da andere Gründe massgebend waren. Er meint, dass hier leider finanzielle Gründe massgebend sind und zwar die vermehrte Sammlungstätigkeit, die der Gewerkschaftsrat während der Zeit der beiden Kongresse entfaltet habe. Er glaube, dass sich zur Erledigung solcher Streitfragen ein anderer Weg in einer K.P. finden müsse, ohne dass die wichtige Gewerkschaftsarbeit so unnötig erschwert werde, wie dies durch diese Veröffentlichung geschehen ist. Gen. Ketzlik zitiert einige Aeusserungen Sinowjews und meint, dass die Begründung, dass wir unter Massenpartei, eine kommunistische Massenpartei verstehen müssen, nicht stichhältig ist, da es sich vor allem darum handelt, eine elastische Taktik zu üben. Er hebt besonders hervor, dass auch in einer kommunistischen Massenpartei nur ein gewisser Kern aus wirklichen Kommunisten bestehen könne, sowie auch in der S.P. nur ein Kern von Sozialdemokraten das Gerippe bilde, um das sich die grosse Masse der übrigen Parteimitglieder schmiege. Schliesslich spricht er noch über einige wirtschaftliche und politische, besonders bezeichnende Vorgänge und Verhältnisse in Russland, über Streiks, über die Taktik der russischen Gewerkschaften, über seine Eindrücke bei Besuchen in russ. Betrieben, über die Art deren Führung und Verwaltung und die wirtschaftliche Lage des russ. Proletariats.

Als nächster berichtet Gen. Fünberg über den Kongress der Jugendinternationale.

*Die heringelike* Resolution liegt dem Bericht bei.

D E B A T T E :

- - - - -

Gen. Pollak stellt eine Anfrage bezüglich der Tätigkeit des Gen. Grün in Moskau, die vom Gen. Frey dahin beantwortet wird, dass aus Zeitmangel ein Bericht des Gen. Grün tatsächlich nicht möglich sei.

Gen. Tomann stellt die Aeusserung des Gen. Ketzlik, bezüglich der kommunistischen Massenpartei und deren Kern in seinem Sinne richtig und meint, dass Gen. Ketzlich sich nur irrtümlich falsch ausgedrückt habe. Er glaube, dass die Gewerkschaftsarbeit in der breitesten Form betrieben werden müsse und nimmt eine scharfe Teilung derselben in die Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftler in Bezug auf ihre Stellung zur Partei und zu den rev. Blocks vor. Er erklärt es für selbstverständlich, dass die Kommunisten in den Gewerkschaften unbedingt der Partei unterstellt sein müssen, daher die Teilung in kommunistische Fraktion und rev. Block. Er bespricht nun die Konzessionen an die franz. Syndikalisten. Dort handelt es sich darum, dieselben in zwei Teile zu spalten, um die Bildung einer syndikalistischen Internationale zu verhindern. Es handelt sich darum, die wertvollen Elemente der dortigen syndikalistischen Arbeiterschaft für die Rote Gewerkschaftsinternationale und sie so auch für den Kommunismus zu gewinnen. Wenn nun auch diese Konzessionen nur an die franz. Syndikalisten und nicht an die Kommunisten in Oesterreich gemacht wurden, so heisse dies doch nicht, dass bei uns die zwar nicht kommunistischen, aber rev. Arbeiter fast mit Gewalt von uns abgestossen werden müssen und dies wird erreicht, wenn wir immer und ohne jeden Anlass mit Veröffentlichungen in der Presse fortfahren. Seit der Veröffentlichung am 24. Dezember 1922, bemerken wir eine bedeutende Erschwerung unserer Arbeit in den Gewerkschaften. Schon am 10. Jänner warnt die "Arbeiterzeitung" vor den Oppositionsblocks der rev. Arbeiter, hinter welchem Deckmantel sich nur die Kommunisten verbergen, um nur so besser ihre Arbeit als Zerstörer verrichten zu können. Tomann zitiert dann einen diesbezüglichen Artikel aus der A.Z. am 24. Dezember über eine Versammlung der Strassenbahner, in der die Artikelserie in der R.F. bezüglich des straffen Zentralismus in unserer Partei besprochen wird. Er schliesst daraus, wie schädlich diese Veröffentlichungen in der R.F. für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit seien. Er meint, die Aufstellung dieser Frage sei ohne

Jeden zwingenden Grund erfolgt, und wäre dann zu verurteilen. Durch diese Veröffentlichungen werden den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretären die billigsten Argumente in die Hand gegeben. Es wäre für die Kommunisten so schon die Arbeit in den Betrieben erschwert und daher müssen die kommunistischen Gewerkschaftler vom österreichischen P.V. verlangen, dass in Zukunft derlei nicht notwendigen Veröffentlichungen unterbleiben müssen. Die Gründe die zur Veröffentlichung angeblich gezwungen haben und die angeblich bestehen in einer Tendenz zum finanziellen Syndikalismus oder zu einer Tendenz sich über die Partei zu stellen, sei nicht vorhanden. Diese Gründe werden von der zufälligen Majorität im Parteivorstande nur vorgeschoben und es muss in Zukunft derselben unmöglich gemacht werden, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften auf diese Weise zu erschweren.

Gen. Friedländer polemisiert gegen die Ausführungen des Gen. Tomann und bespricht die Garantien, die zugleich mit der Taktik der Einheitsfront beschlossen wurden. Es wurde ausdrücklich beschlossen, dass die K.P. immer und bei allen Aktionen ihr kommunistisches Gesicht zeigen müsse und dass unter allen Umständen die organisatorische Festigung der K.P. gewahrt werden müsse. Er erklärt, dass es sich nicht darum handle immer und überall zu schreien: "Ich bin Kommunist". Gewiss müssen die Kommunisten in der Gewerkschaftsarbeit sehr elastisch sein, aber auch auf gewerkschaftlichem Gebiete darf die K.P. ihr Gesicht nicht verbergen, weil die Profintern Konzessionen an die franz. Syndikalisten gemacht habe, eben deshalb müssen wir den kommunistischen Kern innerhalb der rev. Blocks umso straffer an die K.P. binden. Während uns, als pol. Büro und als P.V. bisher niemals ein Vorwurf wegen unserer Tätigkeit, auch auf gewerkschaftlichem Gebiete, gemacht werden konnte, im Gegenteil wir uns sehr oft für die gewerkschaftliche Arbeit einsetzen mussten, wird seit der Veröffentlichung der betreffenden einstimmig angenommenen Resolution ein förmliches Kesseltreiben gegen uns eröffnet. Bei prinzipiellen Erklärungen dürfen wir nicht elastisch sein und er halte es

für gut und notwendig, dass diese Resolution veröffentlicht wurde, weil es auch unter unseren kommunistischen Gewerkschaftlern einen Mangel an kommunistischer Prinzipientreue gebe. In politischer Beziehung bestehen zwischen dem kommunistischen Gewerkschaftsrat und dem P.V. über die Art der Gewerkschaftsarbeit keine Differenz. Dass die Arbeiter Zeitung gegen uns mit allen Mitteln vorgeht, das darf uns nicht wundern. Sie wird immer schärfer gegen uns vorgehen, je stärker wir werden. Er sieht in der Veröffentlichung im Gegensatz zu der Ansicht des Gen. Frey überhaupt gar keine Erschwerung für die Arbeit unserer Gewerkschaftler und verweist auf die schon so oft durchgeführten Veröffentlichungen ähnlicher Beschlüsse und Reden auf Kongressen und in unserer Presse. Er betont, dass die vom Gen. Tomann zitierten Ausführungen der A.Z. sich nicht auf die veröffentlichte Resolution beziehen, sondern auf die im Gang befindliche Artikelserie des Gen. Frey. Er ist der Meinung, dass die Veröffentlichung nicht nur nicht geschadet habe, sondern im Gegenteil genützt habe, wenn schon nur aus dem Grunde, weil durch sie notwendigerweise eine Klärung innerhalb der P.V. Mitglieder als auch sonst in der Partei über diese Frage der Gewerkschaftsarbeit erfolgen müsse.

Gen. Koritschoner kritisiert die Ausführungen des Gen. Stern über die Konzessionspolitik, die gegenwärtig in Russland betrieben werde und die nicht, wie Gen. Stern behauptet hat, von Lenin als ein Fortschritt erklärt werde, sondern als ein trauriges aber unvermeidliches Resultat der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung gekennzeichnet werden müsse. Er betont, dass in der Frage der Unterstellung der komm. Gewerkschaftler unter die K.P. unter uns keine Meinungsverschiedenheit bestehe, Aber es handle sich darum, einen möglichst grossen Kreis von rev. Arbeitern in unsere Einflussphäre zu bringen, wobei es nicht/<sup>immer</sup> notwendig sei, unsere Firma als K.P. offen zur Schau zu tragen. Deshalb sei die Taktik, die Gen. Friedländer empfohlen habe, gefährlich, denn wir wollen diese rev. Arbeiter nicht sofort zu Kommunisten machen, sondern erst einmal ihre

Sympathien erwerben. Wir müssen nicht immer den Sowjetstern zeigen, sondern es gilt die Blocks zu stärken. Es ist nicht egal, ob die Gewerkschaftsfrage bei uns in Oesterreich oder wo anders aufgerollt wurde, denn bei uns hat noch niemand die Tatsache der unbedingten Unterstellung der Gewerkschaftsarbeit unter die Partei bezweifelt. Schon die Richtlinien in den Thesen vom Jahre 1921, wo noch keine Blocks bei uns existierten, waren auf die Unterstellung der kommunistischen Gewerkschaftsabteilungen unter die Partei deutlich eingestellt. Er meint, wir haben aus der Entwicklung zu lernen und <sup>nicht</sup> schematisch zu urteilen. Er kommt dann auf die Frage der Arbeitslosenbewegung zu sprechen, die scheinbar eine Disziplinlosigkeit der führenden Genossen im Gewerkschaftssekretariat gegenüber dem P.V. darstellen soll. Es wäre damals nicht möglich gewesen, die Direktiven des komm. Gewerkschaftsrates im Zentralarbeitslosenkomitee zum Durchbruch zu bringen, da sich eine starke Majorität der Mitglieder desselben dagegen stemmte. Dieser Vorfall war das auslösende Moment der Differenz, die heute zwischen P.V. Mehrheit und Gewerkschafterrat besteht. Diese Differenz muss ausgetragen werden in unseren Kreise, damit sie nicht in breiter Öffentlichkeit ausgetragen werden muss, wie schon angedroht wird. Er habe für die Thesen, die dann nachher veröffentlicht wurden, gestimmt, aber er habe nachher in der Behandlung dieser Frage eine Tendenz herausgespürt, die der Arbeit in den Blocks geschadet hat. Es musste wohl über die Frage der Gewerkschaftsarbeit gesprochen werden, aber diese Frage durfte kein Kampfobjekt werden. Diesmal habe sich bei einigen Genossen des P.V., mit denen ich bisher in allen Belangen zusammengearbeitet habe, eine fixe Idee herausgebildet, so dass diese Gewerkschaftsfrage zum Ausgangspunkt eines persönlichen Streites wurde. Zuerst war diese persönliche Streitfrage und nachher erst kam die Ideologie dazu. Die Amsterdamer werden uns auch ohne solche Veröffentlichungen mit der Zeit aus den Gewerkschaften herausdrängen, das ist richtig, aber wir dürfen ihnen nicht so ohne weiteres die Handrohe dazu bieten. Disziplin ist notwendig, aber man soll davon nicht so

Viel gesprochen, die Anstrengungen werden jedoch Anlass ergreifen, uns vor den Arbeitern als Gewerkschaftsspalter hinzustellen. Es muss intensiv an der Bildung der rev. Blocks gearbeitet werden, ebenfalls möglichst wenig davon gesprochen werden. Er erklärt, dass er und die Genossen die seine Ansicht teilen, sicherlich keine Syndikalisten sind und es sei daher nicht notwendig, ihm und den anderen in Betracht kommenden Genossen syndikalistische Tendenzen zu unterschieben. Es gibt in Oesterreich in den Reihen der kommunistischen Gewerkschaftler keine Syndikalisten. Die Kommunisten in den österr. Gewerkschaften haben bisher immer nur im Sinne der K.P. gearbeitet.

Gen. Schlamn verweist auf die Vorgänge in der franz. Partei, wo man trotz der Einheitsfronttaktik gegenüber den nicht kommunistischen Massen aus der eigenen Partei fast die Hälfte der Führer hinausgeworfen habe. Diese Vorgänge zeigen, dass man die Einheitsfronttaktik eben nur dann anwenden könne, wenn man in den Reihen der eigenen Parteien umso straffere Disziplin halte. Die Konzessionen in Frankreich galten nur für die franz. Syndikalisten, nicht aber den franz. Kommunisten, umso weniger natürlich den österr. Kommunisten. Der Streit bei uns geht nicht um die Resolution, sondern nur um die Frage der Veröffentlichung derselben. Es kann der Fall sein, dass manchmal Dinge veröffentlicht werden müssen, die der Sozialdemokratie Material geben, das sie dann gegen uns ausnützen könne. Aber im konkreten Fall hat auch nicht ein einziges gegnerisches Blatt jene Veröffentlichung aufgenommen, die entgegengesetzten Behauptungen Tomanns sind unrichtig. Die Resolution musste diesmal veröffentlicht werden, weil eben auf dem letzten Kongress der Profintern. diese Beschlüsse bezüglich der Konzessionen an die franz. Kommunisten gemacht wurden.

Gen. Pollak glaubt, dass die gegenwärtige Debatte über die Gewerkschaftsfrage nur zu dem einen Zweck in die Welt gesetzt worden sei, um die Partei zu verhindern, vorwärts zu kommen. Er nennt die Genossen, die mutwillig diese Debatte ohne zwingenden Grund auf die Tagesordnung brachten

und die solche Differenzen sogar in die Öffentlichkeit bringen, die wahren Liquidatoren in der Partei. Solche Debatten die nicht mehr aus Gründen der Logik, sondern aus Gründen verschiedener Richtungen in der Partei entstanden sind, gehören aber nicht in eine Arbeiterpartei, sondern in eine Advokatenpartei. ~~Gen~~

Gen. Frey erklärt die heutige Debatte als einen kleinen Ausschnitt aus der tiefen Krise, die gegenwärtig in der Parteiführung herrsche. Es bestehen grosse Differenzen in politischer, organisatorischer und taktischer Beziehung innerhalb des P.V. Er führt ein Beispiel an, ~~das~~ durch das er die unbedingte Notwendigkeit der straffen Zentralisation und Unterstellung aller Ressorts unter die bezüglichen Parteinstanzen aufzeigt, und woran er zeigt, dass es ganz unmöglich sei, dass in irgend einer Parteinstanz sich führende Genossen aus irgend einem Grunde einer Abstimmung durch Stimmenthaltung entziehen. Er kommt dann auf die Arbeitslosenbewegung zu sprechen und beweist, dass bei dieser Bewegung tatsächlich eine grobe Vernachlässigung des Grundsatzes der Unterstellung der komm. Gewerkschaftsarbeit unter die Partei vorgefallen sei. Er verliest dann eine Stelle aus dem Antwortschreiben des P.V. an die Graphiker und kommt dann auf die teils direkten, teils indirekten Anspielungen zu sprechen, die beweisen sollen, dass hinter all diesen Differenzen persönliche Motive stecken. Er sagt, er habe mit dem Vertreter der Internationale gesprochen und dieser habe ihm voll und ganz zugestimmt, als Frey erklärte, dass er der Meinung sei, dass Meinungsverschiedenheiten in einer Diskussion in der Presse erörtert werden müssen, damit sich auch die breite Masse der Parteimitglieder, die ja von den Vorgängen im P.V. keine Ahnung habe, eine eigene Meinung bilden könne und wenigstens einigermaßen vorbereitet ihre Delegierten auf den Parteitag entsenden könne. (In einem Zwischenruf behauptet Rihs, dass die Genossen Grubar, Kalischer und Friedländer wohl wissen, warum sie so eifrig Partei nehmen für den Gen. Frey und immer für ihn stimmen.)

Er sei der Ueberzeugung, obwohl er keine Beweise dafür habe, dass diese drei Genossen nur deshalb immer für den Gen. Frey stimmen, damit sie sich ihre Angestelltenämter in der Partei sichern.)

Die Sitzung wird auf eine Stunde unterbrochen (Nachmahlpause). Vorher begründet Gen. Mayer sein Weggehen von der Sitzung infolge seines Alters und dass er unbedingt im Betriebe sein müsse, um nicht entlassen zu werden.

Gen. Holub spricht gegen die Argumentation der Genossen ~~SKK~~<sup>MMV</sup> Tomann und Ketzlik in Bezug auf die Veröffentlichung der Resolution und meint, dass uns das Verschweigen dessen, dass wir Kommunisten seien, unmöglich sei. Er spricht sich dafür aus, dass endlich mit den gegenseitigen persönlichen Hetzen aufgehört werde und ist ebenfalls für die Austragung der bestehenden Differenzen auf dem Wege der öffentlichen Diskussion. Er wendet sich energisch gegen die Ausführungen des Gen. Pollak, der den Genossen Frey einen bewussten Liquidator genannt habe.

Gen. Rihs fragt vor seinen Ausführungen den Gen. Frey ob er so sprechen solle, wie es ihm am Herzen liege, oder ob er Rücksicht darauf nehmen solle, die bestehenden Differenzen nicht zu verschärfen. Nachdem ihm Frey in dieser Beziehung freie Hand überlässt, spricht er sich dahin aus, dass er nur von einer Differenz im Parteivorstand wisse, die, ohne in persönliche Differenzen auszuarten, ausgetragen worden sei. Und zwar sei dies die Frage des Austrittes aus dem Arbeiterrat gewesen. Er anerkennt die politischen und organisatorischen Fähigkeiten des Gen. Frey, aber er verurteilt die Tendenz, dass der P.V. von lauter persönlichen Streitigkeiten nicht zu einer sachlichen Tätigkeit komme. Er stellt fest, dass Gen. Schlamm z.B. schon seit drei bis vier Monaten unausgesetzt eine eingehende politische Auseinandersetzung im P.V. über unsere politische Lage verlange, dass es aber vor lauter persönlichen Differenzen bis jetzt nicht möglich war, auf eine solche auch seiner Ansicht nach wichtige Diskussion einzugehen. Er glaubt feststellen zu können, dass die Genossen von der Mehrheit des P.E. keine blasse Ahnung von der

tatsächlich an Arbeit in der Gewerkschaft haben. Er unterscheidet zwischen der Arbeit in der Politik und in der Gewerkschaft und betont, dass in der Gewerkschaft eine schmiegsamere Taktik notwendig sei. Er kommt auf den seinerzeitigen Aufsatz Frey bezgl. der "Schlafkommunisten" zu sprechen und ist der Meinung, dass so wie damals der Partei durch diesen Aufsatz nicht genützt wurde, auch die vom Gen. Frey jetzt in Aussicht gestellte Diskussion die Partei schädigen werde. Auch er sei zwar der Meinung gewesen, dass diese Arbeitslosenbewegung für die Partei eine schwere Gefahr bedeutet habe, aber sowohl das Arbeitslosenkomitee als auch der Gewerkschaftsrat habe alle Garantien geschaffen, um die Partei vor einer Schädigung zu wahren.

Gen. Maresch glaubt feststellen zu können, dass im P.V. keine prinzipiellen Differenzen bestehen. Er führt den ganzen Streit auf eine übertriebene Angst des Gen. Frey vor einem evtl. Rückfall der Partei in das reformistische Fahrwasser zurück. Er fürchtet dies nicht und meint, wenn Reformisten in der Partei auftauchen sollten, so müsste man diese Reformisten eben mit aller Energie aus der Partei entfernen.

Gen. Haas beklagt sich über die traurige Tatsache, dass die ganze Zeit über, ~~das~~ in der er der K.P. angehört, eine Krise nach der anderen in der Partei auftauche. Auch er ist der Meinung, dass die Veröffentlichung der Resolution nicht notwendig gewesen wäre, und schildert die Vorgänge im Zentralarbeitslosenkomitee zur Zeit der bezüglichen Arbeitslosendemonstration. Dagegen sei er der Meinung, dass die Veröffentlichung bezüglich der Schlafkommunisten der Partei nicht geschadet, sondern genützt habe.

Gen. Gruber beweist aus seiner Erfahrung heraus, dass tatsächlich unsere Partei von einer inneren Krise in

die andere gekommen sei, aber nicht erst seit-dem Gen.Frey in der Partei sei, sondern auch schon vorher. Er sagt, dass im P.V. tatsächlich nicht politische Differenzen massgebend seien, da die führenden Genossen der Gegenseite, Gen.Tomann und Koritschoner, überhaupt keine politischen Linien hätten. Dies habe sich schon zur Zeit des berüchtigten Gründonnerstag und während der Bettelheim-Affäre sehr deutlich gezeigt, wo die beiden Genossen, je nachdem, wo die Majorität war, von einer Seite auf die andere gefallen seien. Dass Gruber nicht immer mit dem Gen.Frey übereinstimme, habe er schon wiederholt bewiesen, z.B. nach den Märzkämpfen in Deutschland, aber auch erst jetzt wieder anlässlich unserer grossen Demonstration bei der Bekämpfung des Genfer-Vertrages. Hier habe sich deutlich herausgestellt, dass er, Gruber, sich nicht einem Diktate des Gen.Frey unterworfen habe, sondern er mit den Genossen Kalische und Strömer es war, die gegen den Willen des Gen.Frey und der Genossen Tomann und Koritschoner es durchgesetzt haben, dass diese Demonstration bei der Votivkirche und nicht beim Weigl abgehalten worden sei. Bei dieser Frage aber habe es sich wieder gezeigt, dass die Genossen Tomann und Koritschoner keine politische Linie hätten, da sie sich bei der Abstimmung über diese äusserst wichtige, für das Wohl und Wehe unserer Partei entscheidende Frage, von der Abstimmung drückten. Auf den Zwischenruf des Gen.Riehs eingehend, der behauptet habe, dass er, Gruber, sowie die beiden anderen Genossen nur deshalb für Gen.Frey stimmen, um sich ihre Posten zu erhalten, so glaube er, bewiesen zu haben, dass er auch ohne einen Heller Entschädigung für die Partei genau so gearbeitet habe wie heute und wenn Gen.Riehs seine Behauptung nicht beweisen könne oder zurückziehe, so müsse er ihn für einen ehrlosen Verleumder erklären. (Gen.Riehs erklärt in einem Zwischenruf dies zur Kenntnis nehmen zu wollen).

Gen.Stava ist für die Argumente der Genossen um Tomann, und erklärt ebenfalls, dass die bewusste Veröffentlichung nicht notwendig war. Er ist gegen die Diskussion in der Presse und erklärt,

dass, wenn dies weitergehen sollte, würde er und die anderen Genossen seiner Lokalorganisation die Konsequenzen daraus ziehen.

Gen. Fiala erklärt, dass man wohl Politik ohne Kenntnis der Gewerkschaftspraxis betreiben könne, aber unmöglich in der Gewerkschaft arbeiten könne, ohne politische Praxis zu haben. Er ist der Meinung, dass die 21 Punkte nicht für die Masse der Arbeiterschaft bestimmt seien, sondern hauptsächlich gegen die Führer der S.P. die vielleicht im Laufe der Zeit zu uns übertreten werden, gemünzt seien. Er ist gegen die Veröffentlichung der bewussten Resolution und erklärt es für taktisch unklug, dass derartige Artikel, wie sie Gen. Frey in der R.F. veröffentlichten lasse, abgedruckt waren, noch dazu in solch entscheidenden Momenten wie die seien, die noch vor uns stehen. Er warnt vor einem weiteren Beschreiten dieses Weges, da er darin eine ernste Gefahr für unsere Partei erblicke.

Gen. Tomann teilt mit, dass sich in letzter Zeit eine ganz ~~humoristische~~ sonderbare Geschäftigkeit des Gen. Friedländer in Bezug auf die gewerkschaftliche Frage bemerkbar mache. Der erste Anlass zu diesem Vorgehen gegen den Gewerkschaftsrat, waren die Sammlungen. Diese Sammlungen werden schon seit langer Zeit durchgeführt und zwar einmal zur Unterstützung von genosseregelmäßig Genossen, dann auch um die in Aussicht genommene Reichskonferenz des Gewerkschaftsrates zu finanzieren. Aus diesen Sammlungen will man nun einen Strick drehen. Trotzdem ich der Genossen Strömer ausdrücklich gesagt habe, dass ich diese Sammlungen, wenn notwendig, mit der Partei teilen werde. Er verliest dann den <sup>über</sup> Beschluss dieser Sammlungen in Bezug auf die Gewerkschaften und die Blocks und beschäftigt sich sodann mit der schon wiederholt angezogenen Arbeitslosenversammlung, wobei er feststellt, dass damals tatsächlich nicht die Möglichkeit für die rechtzeitige Einberufung des P.V. zur Stellungnahme in dieser Frage gegeben war.

Genossin Strömer erklärt in Bezug auf das unrichtige Verhalten der Genossen Tomann, Rihs und Koritschoner bei der Arbeitslosendemonstration, gebe ich dem Gen. Frey Recht. Die drei Genossen haben damals ohne Zustimmung und ohne Wissen des P.V. die Aktion eingeleitet und obwohl die Möglichkeit vorhanden war

den P.V. nicht befragt, Was aber die Resolution vom 24. Dezember 1922 anbelangt, so war sie von allem Anfang gegen ihre Veröffentlichung.

Gen. Schlesinger meint, dass Gen. Frey ein krankhafter Mensch sei. Er teilt seiner Meinung, dass die Partei in politischer Beziehung vollkommen passiv sei und die Sozialdemokratie, gemessen an unserer Partei, viel aktiver auftrete.

Gen. Deggendorfer ist der Meinung, dass diese akademischen Streitfragen die Partei schädigen und glaubt, dass wir auf diese Weise bald ganz aus den gewerkschaften hinaus gedrängt werden. Er ist gegen die Veröffentlichung in der Presse und für die Zurückstellung aller persönlichen Streitigkeiten im Interesse der Partei und wünscht, dass sich die Partei mehr mit den praktischen Tagesfragen beschäftige.

Gen. Idl gibt statt mündlicher Ausführungen folgende schriftliche Erklärung ab:

Die Aussichtslosigkeit liegt sehr nahe, dass meine geplanten Ausführungen das furchtbare Gewirr von den bedauerlichen Streitfragen entwirren könnten. Ich schliesse mich voll und ganz der wuchtigen Anklage des Gen. Haas an und betone nur noch, dass die instinktive Befürchtung unserer Genossen in Tirol - dass das Hemmnis unserer Vorwärtsbewegung und der eigentliche Krebschaden der K.P.Oe. in Wien bei der Parteiführung liegt - durch die heutigen Vorgänge bestätigt wird. Gen. Stern hat in seinem Referat mahnend hervorgehoben, wir sollen uns auf alles gefasst machen. Genossen! Unter dem Eindruck der heutigen Sitzung muss ich der Zeitgeschichte nur vom Herzen danken, dass sie uns bis heute noch nicht gezwungen hat, die Führung der Massen zu übernehmen. Bedauere noch, die weite Fahrt unternommen zu haben.

Gen. Klockar erklärt die Veröffentlichungen nicht für einen Fehler, es gibt auf beiden Seiten Fehler. Er sagt, wenn schon die Veröffentlichungen unserer Arbeit in den gewerkschaften schädlich seien, dann müssten wir ins Kloster gehen und die rev.

Arbeit überhaupt einstellen. Die Partei soll endlich einmal eine aktive Politik betreiben, z.B. dafür sorgen, dass die Wehrmacht von allen reaktionären Elementen gereinigt werde und glaubt, wenn die Partei nur einmal einen Schritt in dieser Beziehung unternehmen werde, dass dann auch die Sozialdemokraten mittun würden.

Gen. Kalischer glaubt nicht daran, dass heute und hier eine Erklärung erfolgen könne. Er erklärt, dass er in der überwiegenden Zahl der strittigen Fragen auf Seite des Gen. Frey stehe und zwar deshalb, weil er der Meinung sei, dass Gen. Frey diejenige Person sei, zu der in politischer, organisatorischer und auch in sonstigen Beziehungen das meiste Vertrauen habe. Er verweist auf die vielen Diskussionsartikeln in der Berliner R.F. über die Arbeiterregierung, wo auch die verschiedenen Meinungen scharf aufeinanderplatzen und ist daher auch bei uns für eine Diskussion in der Presse zur Vorbereitung des Parteitages. Er ist der Meinung, dass der Parteitag unbedingte Klärung bringen müsse, da der derzeitige Zustand in der Partei unhaltbar sei. Er spricht dann über die Beleidigungen, die Gen. Rihs gegen ihn und gegen andere Genossen erhoben habe.

Gen. Benesch gibt statt einer mündlichen folgende schriftliche Erklärung ab:

Da ich die Debatte nicht in die Länge ziehen will, und ich ausserdem furchtbare Schmerzen habe, die mir das Reden erschweren, so stelle ich hiermit kurz meinen Standpunkt fest. Ich stimme mit den Ausführungen des Gen. Fiala überein, möchte nur noch dazu bemerken, dass diejenigen Genossen, die die Resolution verfasst haben, welche die Genossin Strömer verlesen hat, betreffs der Gewerkschaft in noch keinen Betrieb hineingesehen haben.

Gen. Koplenig kritisiert die Art der Verhandlungen und die Wort die dabei gebraucht werden und glaubt, dass wir heute über andere Dinge zu verhandeln hätten, die wichtiger

wären, als diese persönlichen Streitereien.

Gen. Rimovsky ist für eine Diskussion in der Presse, da er dieselbe für die einzige Möglichkeit halte, die bestehenden Differenzen aus der Welt zu schaffen. Er wendet sich scharf gegen die Ausführungen des Gen. Schlesinger in Bezug auf seine Behauptungen, dass Frey als krankhafter Mensch die Partei ruiniere.

Gen. Koritschoner stellt fest, dass das Bild der heutigen Reichsvertretungssitzung ein sehr trauriges sei. Er spricht noch einmal über die bewusste Arbeitslosenbewegung und meint, dass es in nächster Zeit notwendig sein werde, unsere Ordner besser zusammenzufassen. Er bespricht die Ausführungen des Gen. Gruber und betont, dass es sehr unvorsichtig vom Gen. Gruber sei, ihm, Koritschoner, vorzuwerfen, dass er keine politische Linie habe. Er habe immer eine politische Linie gehabt und sie niemals verleugnet. Er erklärt seine Stellungnahme zu der damaligen Demonstration bezüglich des Genfer Vertrages und stellt fest, dass er damals eindeutig erklärt habe, wie er sich zu der Frage der Demonstration verhalte und sich daher keineswegs vor der Abstimmung gedrückt habe. Er stellt weiters fest, dass Gen. Gruber wegen seiner Haltung am 15. Juni durch ein Parteigericht unzweideutig der Sabotage überführt wurde, wenn auch damals festgestellt wurde, dass man dem Gen. Gruber irgend welche eigennützige oder ähnliche Beweggründe für seine Haltung nicht nachsagen könne. Immerhin aber habe Gen. Gruber die alleinige Ursache an den 15. Juni auch nur zu erinnern.

Frey spricht über die Demonstration anlässlich des Genfer Vertrages und weist nach, dass sich damals tatsächlich die Genossen Tomann und Koritschoner ganz unmotiviert vor der Abstimmung entfernten. Er polemisiert gegen die Ausführungen des Gen. Schlesinger und schlägt vor, die Reichsvertretung möge seine Demission zur Kenntnis nehmen, denn wenn er tatsächlich ein krankhafter Mensch sei, so wäre es die Pflicht der Reichsvertretung ihn von der Führung der Partei zu entfernen. Er bestätigt, dass tatsächlich die Reibungen innerhalb des P.V. 95% aller Kräfte

der Führung absorbieren und es daher unbedingt notwendig sei, eine Klärung herbeizuführen. Gen. Frey verlangt schliesslich, dass Gen. ~~Samy~~ Schlesinger seine Ausführungen in einem konkreten Antrage zusammenfasse, da es seine Pflicht sei, konkret dahin zu wirken, dass Frey, als ein seiner Ansicht nach, krankhafter Mensch, aus dem P.V. entfernt werde.

Gen. Pollak ist gegen eine Abstimmung über das Demissionsangebot Frey. Er spricht über die bewusste Arbeitslosenbewegung und sagt, nicht die drei Genossen des Gewerkschaftsrates die im P.V. vertreten seien, sondern alle damals in Wien anwesend gewesenen Mitglieder des P.V. treffe die Schuld, wenn damals ein Versäumnis geschehen sei. Er stellt fest, dass in letzterzeit in der Partei ein rein militärischer Ton eingerissen sei, auf den alle diese Differenzen zurückzuführen seien. Schliesslich kritisiert er die Art der Diskussion des Gen. Frey in der R.F.

Gen. Pschierer berichtet über ähnliche Zustände in der Landesleitung Oberösterreich und ist dafür, das Unkraut in der Partei rücksichtslos auszujäten, so wie es in Ob.Ö. geschehen sei, da ein Verkleistern der Kluft nicht möglich sein würde.

Gen. Fünrberger polemisiert gegen Gen. Pollak. Gen. Koritschoner bringt folgende Resolution ein:

Der R.G. anerkennt die schweren und im wesentlichen systematischen Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftsorgane im Betriebe, Industrie, Land und Reichsmasstabe. Die Arbeit des komm. G.R. (komm. Fraktion des G.R. der oppositionellen Blocks) war getragen vom unerschütterlichen Bewusstsein der **E i n h e i t** der politischen und ökonomischen Bewegung, der Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die Organe der Partei. Syndikalistische Personen, Tathandlungen oder Kundgebungen stehen mit dem Gewerkschaftsrat in keinem wie immer gearteten Zusammenhange. Der G.R. der oppos. Blocks besteht aus bewussten Kommunisten.

Der G.R. und die ihm angehörigen P.V. Mitglieder haben nie gegen die Partei, aber öfters gegen Missverständnisse und Unklarheiten mancher Mitglieder des P.V. sich gewendet, bestrebt

zu einigen mit Zweckmäßigkeit zusammenzufassen aller gewerkschaftlichen und politischen Organe der Partei zu erzielen.

Gen. Stern hält sein Schlusswort und erwidert auf verschiedene Missverständnisse der Gen. Pollak und Koritschoner bezüglich der Arbeiterregierung und der Zustände in Russland. Er wendet sich darauf in sehr scharfer Weise gegen die Verdächtigungen des Gen. Rihs gegen die Angestellten und meint, dass unter Umständen der Ausspruch einer solchen Beschuldigung, ohne auch nur einen Schatten des Beweises dafür erbringen zu können, mit dem Ausschluss aus der Partei geahndet werden müsse. Er spricht noch einmal über die Veröffentlichung der Resolution, betont deren Notwendigkeit und ist unbedingt für eine möglichst breite Diskussion in der Presse.

Gen. Ketzlik ist für eine Klarstellung der Sachlage, da auch er der Meinung ist, dass hier eine Meinungsverschiedenheit herrsche, die nicht nur eine prinzipielle, sondern auch eine persönliche Grundlage habe. Die Diskussion in der Presse findet er bedenklich und will sie nur im Kreise der Parteimitglieder durchführen. Betont noch einmal, dass die Veröffentlichung der Resolution im gegebenen Zeitpunkt für die Partei schädlich war.

Die Genossen Friedländer, Gruber und Kalischer beantragen die Einsetzung eines Parteigerichtes gegen den Gen. Rihs und sich selbst.

Gen. Frey bringt folgenden Antrag ein:

Die Reichsvertretung erklärt: Es ist mit der Stellung eines P.V. Mitgliedes unvereinbar, dass es sich in seiner Einstellung zu Parteifragen und politischen Fragen von seinem persönlichen Standpunkt leiten lässt, da die R.V. der Meinung ist, dass Gen. Frey seine Einstellung nach persönlichen Gesichtspunkten bestimmt, nimmt sie sein permissionsangebot aus dem P.V. und aus der Anstellung der Partei zur Kenntnis.

Gen. Schlesinger bringt folgenden Antrag ein:

1.) Die K.P.Oe. wird in ihrer Entwicklung durch fortwährende innere Krisen auf Schritt und Tritt geheimt. Diese Krisen haben keine prinzipiellen ~~Grund~~ Gegensätze zur Grundlage, sie sind ausschliesslich Ausflüsse des krankhaften Gemütes des Gen. Frey. Die R.V. enthebt infolgedessen Gen. Frey von seinen Funktionen.

2.) An Stelle der zwei ausgeschiedenen Mitglieder des P.V.(Tober und Frey) ergänzt sich der P.V.mit zwei neuen Mitgliedern, Ich schlage hierfür die Genossen Fiala und Benesch vor

Gen.Frey zur Abstimmung; schlägt vor, die Abstimmung der Resolution Tomann, Rihs, Koritschoner und Kastner getrennt vorzunehmen. Der erste Absatz wird einstimmig angenommen. Beim zweiten Absatz ergeben sich 12 Stimmen für, 12 Stimmen dagegen, der Vorsitzende Tomann entscheidet für Annahme. Der Antrag Frey wird gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Schlesinger wird zurückgezogen.

Die Genossen Friedländer, Gauber und Kalischer verlangen noch einmal /ein Parteigericht gegen sich und gegen den Genossen Rihs.

Gen.Fiala begründet sein Weggehen von der Sitzung und teilt vorher mit, dass er gegen den Ausschluss der Genossen Forst und Tober stimme. Auch Gen.Rihs entschuldigt sein jetziges Weggehen.

Nächster Punkt.

Kalischer berichtet über die von der R.V.eingesetzte Untersuchungskommission in Fragen von Forst, Tober, Rothe und Buzzi. Er teilt zuerst den Inhalt von drei Schreiben mit, die sich auf diese Fragen beziehen. Sodann erklärt er an der Hand des Statuts die statutenmässige Richtigkeit der Kommission und geht dann auf die einzelnen Fälle ein.

#### D E B A T T E :

Gen.Klocker findet die Urteile über Rothe und Forst objektiv für richtig, aber gegen Tober als zu scharf und glaubt, dass Gen.Tober mit Entziehung aller seiner Mandate auf eine bestimmte Zeit zu bestrafen sei.

Gen.Koritschoner findet, dass die Kommission nach Sachlage der Dinge nicht anders urteilen konnte, In Russland würden die Genossen noch anders bestraft worden sein. Er ist dafür, dass die R.V.gegen die Genossen Tober und Forst eine bestimmte Frist festsetze, nach deren Ablauf beide wieder nach guter Führung, aber mit dauerndem Funktionsverlust wieder in die Partei aufgenommen werden könnten. Als Bewährungsfrist schlägt er sechs Monate vor.

Gen. Pollak glaubt auch, dass das Urteil gegen Tober zu hart ist und gemildert werden müsse. Er teilt mit, dass er bei seiner Anwesenheit in Russland erfahren habe, dass Gen. Forst drüben hervorragendes in der Roten Armee geleistet habe und glaubt, dass man daher auch gegen Forst milder vorgehen müsse. Er ist für die Wiederaufnahme der beiden, aber nicht derart wie Koritschoner, sondern so, dass beide bei guter Führung nach einem Jahre wieder auch funktionsberechtigt seien.

Gen. Frey ist dagegen und beruft sich darauf, dass eine derartige Nachsicht gegen Tober und Forst ein gefährlicher Präzedenzfall wäre. Es handelt sich nicht um die Person der beiden, sondern es handelt sich um folgende prinzipielle Fragen:

1.) Ein Kassier in der K.P., der sich weigert dem P.V. die Kassa samt Bücherz und Belegen vorzulegen, wer immer es sei, muss aus der K.P. ausgeschlossen werden. Darum muss Tober verurteilt werden, da es sonst ein Freibrief für alle Kassierer der K.P. wäre.

2.) Ein Kommunist, der gegen die K.P. mit der Drohung auftritt, er werde in der Arbeiterzeitung irgend welche Vorgänge aus der Partei veröffentlichen, muss ausgeschlossen werden, welche Person immer es sei, daher muss Forst, der eine solche Drohung ausgestossen hat, aus der Partei ausgeschlossen werden, denn sonst wäre es ein Freibrief für alle anderen Parteigenossen.

Gen. Deggendorfer ist gegen den Ausschluss Tober. Dieser habe seiner Meinung nach unsachgemäß gehandelt, aber da er eben kein Fachmann in Kassawesen sei, so müsse man dies entschuldigen. Er ist für eine Bestätigung des Urteiles, aber für eine sehr kurze Bewährungsfrist.

Gen. Holub ist gegen jede Aufhebung des Urteiles und bedauert nur, dass die anderen Genossen, die ebenfalls intrigiert haben, nicht erwischt wurden.

Gen. Tomann anerkennt die Richtigkeit des Urteiles, meint aber, dass beide Genossen trotz ihres Ausschlusses aus der Partei in unserem Sinne weitergearbeitet haben und ist daher für eine sehr kurze Bewährungsfrist.

Gen. Frey schlägt als Frist ein einhalb Jahre vor.

Gen. Tomann ist für sechs Monate.

Gen. Rimovsky warnt davor, dass sich die Genossen von Sentimentalitäten leiten lassen und ist gegen die Einräumung einer zu kurzen Bewährungsfrist.

Gen. Stern ist überhaupt dagegen, dass wir offiziell von einer Wiederaufnahme sprechen und glaubt, dass die beiden Genossen, wenn sie wirkliche Genossen seien, schon von selbst in absehbarer Zeit um Wiederaufnahme ansuchen werden.

Gen. Klocker will auch die Rüge gegen Gen. Rothe aufheben.

Gen. Koplénig ist für Ausschluss Tober und Forst auf ein Jahr und ebenfalls für Aufhebung der Rüge gegen Rothe. Bei der Abstimmung wird Sterns Antrag auf überhaupt keine Festsetzung einer Bewährungsfrist abgelehnt und ein Antrag angenommen, der besagt, dass Tober auf ein Jahr und Forst auf eineinhalb Jahre, gerechnet vom Datum der Publikation des Urteils in der R.F., aus der Partei ausgeschlossen werde. Der Antrag auf Aufhebung der Rüge gegen Rothe wird abgelehnt.

Gen. Frey berichtet über die Tagesordnung am Parteitag und teilt mit, dass der P.V. beabsichtigt am kommenden Parteitag zu beantragen, dass sämtliche Reichsvertretungsmitglieder mit beratender Stimme als Beauftragte des P.V. zum Parteitag zugezogen werden. Weiters, dass es vielleicht nicht möglich sein werde, die Gemeindefrage, trotzdem sie auf der Tagesordnung stehe, zu behandeln. Der P.V. beabsichtigt aber, bald nach dem Parteitag über diese Frage eine besondere Reichskonferenz einzuberufen.

Weiters beantragt er, bezüglich der Veröffentlichungen nur ein kurzes Communiqué in der R.F. und der beiden Beschlüsse der Reichsvertretung mittels Rundschreiben an die einzelnen Lokalorganisationen. Er schlägt auch gleichzeitig den Text dieser Rundschreiben vor. (siehe Beilage).

Nach längerer Debatte wird der Vorschlag Frey angenommen,

Schluss der Sitzung: Montag, 15. I. 1923, 8 Uhr früh.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende :

17. JAN. 1923  
Erlaubt

an den Parteivorstand der K. P. Ö!

Werte Genossen!

Vor mehreren Wochen wurden wir vom Obmann unserer Ortsorganisation aufgefordert, an einem Ordnerreferententag teilzunehmen, unter dem Hinweis, dass dieser Kurs streng illegal sei. Der Rufung an den Obmann war von einem Parteivorstandsmitglied unterzeichnet. Wir brühen daher keinerlei Bedenken, der Auforderung Folge zu leisten. Der Kurs selbst wurde durch obigen Parteivorstandsmitglied eröffnet und nützlich auf die strengste Illegalität verwiesen. Als Teilnehmer waren sämtliche die Ordnerreferenten der einzelnen Bezirke wahrhaftig gemacht. Der Kurs wurde mit viellem Ernst frequentiert, da jeder der Teilnehmer der Meinung war, der Partei als Solcher einen guten Dienst zu erweisen. Da sich schon gegen Ende des Kurses ein Kurstab zusammensetzte mit einer Ordnerreferentenbesprechung der Partei. Bei dieser Besprechung erregten einige Nebenstände bei einzelnen Kursteilnehmern Zweifel darüber, dass der Kurs vom Parteivorstand gutgeheißen sei. Die dem Kursteilnehmer gegenüber geäußerten Bedenken würden aber durch ihn getrübt durch seine Behauptung, der Kurs werde nur von der Soldatengruppe organisiert. Insbesondere können die Delegierten vom Kongress zurück und noch nicht z. B. Senowas Fiedländer in seinen Bezirken gegen das Bestehen von illegalen Organisationen aus. Das bestärkte die bereits gehegten Zweifel und in der hierauf folgenden Schlußsitzung des Kurses stellte dann ein Genosse den Antrag, dass sich zwei Kursteilnehmer zum Parteivorstand begeben, um Gewissheit darüber zu schaffen, ob der Parteivorstand die Bildung der illegalen Gruppe billige. Das würde verhindern, dass der Effekt war, dass jene Genossen, die sich nicht bedingungslos fügten, aus

dieser Gruppe angeschlossen werden, während die übrigen mit der Organisation  
begannen. Wir fragen deshalb den Parteivorstand:

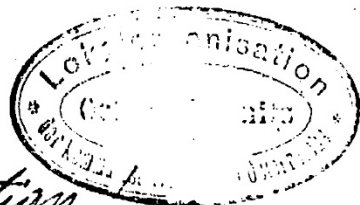
1. Sichert die Bildung der illegalen Organisation mit Wissen des  
Parteivorstandes?
2. Wenn ja, ist es mit den Anweisungen der Kongressdelegierten in  
Einklang zu bringen?
3. Wenn nein, was gedenkt der Parteivorstand zu tun, um die  
Partei disziplin zu wahren?

Wien, am 15. Jänner 1923.

Scheiter Josef  
(Adresse: St. Benzengasse 29/15)

Karl Basch, Ordreferent  
der Lokalorganisation Wien.  
(Adresse: 7., Rindlergasse 17/12.)

Lebensjahr, am 16. I. 23



Filedigt am: 17 JAN 1923

Das Reichssekretariat für Organisation.

Es habe mit einigen Kameraden zu dem  
Abstand die von dem Reichssekretariat für Organisation  
aber im voraus zu dem Reichssekretariat für Organisation  
die in der Organisation der R. O. seit langer Zeit  
in dem Reichssekretariat für Organisation  
das ist die Organisation der R. O. seit langer Zeit

Es habe mit einigen Kameraden zu dem  
Abstand die von dem Reichssekretariat für Organisation  
aber im voraus zu dem Reichssekretariat für Organisation  
die in der Organisation der R. O. seit langer Zeit  
in dem Reichssekretariat für Organisation  
das ist die Organisation der R. O. seit langer Zeit  
Es habe mit einigen Kameraden zu dem  
Abstand die von dem Reichssekretariat für Organisation  
aber im voraus zu dem Reichssekretariat für Organisation  
die in der Organisation der R. O. seit langer Zeit  
in dem Reichssekretariat für Organisation  
das ist die Organisation der R. O. seit langer Zeit



Mun zu den Differenzen, die innerhalb der K.P. wegen der Gewerkschaftsfrage entstanden sind. Wir erhielten davon Kenntnis durch Einsicht der Berichte die von Oesterreichischen Genossen beider Richtungen an die Exekutive der K.I. gelangt sind. Es hat über diese Frage eine gemeinsame Sitzung von Mitgliedern der P. und K. Exekutiven stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird Euch in einem Briefe der K.I.E. an die Zentrale der K.P. mitgeteilt werden.

Wir vom Vollzugsbüro der R.G.I. wollen dazu folgendes bemerken: Die Grundursachen Eurer Differenzen scheint mehr in persönlichen Gegensätzen und vor allem in dem Fehlen des gegenseitigen Vertrauens der leitenden Genossen zueinander liegen, denn wir koennen in dem Berichte keine prinzipiellen Gegensätze erblicken, sondern nur verschiedene Auffassungen über die praktische Durchführung der von den K.I. und Profintern Kongressen festgelegten Richtlinien für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.

Durch derartige Reibereien ist aber unsere ganze praktische Arbeit in den Gewerkschaften auf das höchste gefährdet, und sie müssen in ihrer Folge zu einer Zerschlagung der Blocks führen. Das muss unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb raten wir beiden Teilen dringend die persönliche Frage in den Hintergrund zu stellen und nicht über jede Kleinigkeit seitenlange Richtlinien und Vorschriften zu schreiben. Die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit in Form von Oppositionsblocks, in denen auch sozialdemokratische Arbeiter aufgenommen werden, ist unbedingt notwendig. Ist dem aber so, dann darf die praktische Arbeit dieser B l o c k s unter keinen Umständen durch allzu enge Vorschriften über ihre Tätigkeit unmöglich gemacht werden. Die B l o c k s müssen eine gewisse eigene Bewegungsfreiheit haben, wenn sie lebensfähig sein sollen.

Selbstverständlich unterstehen alle Kommunisten in den Blocks der K.P. und sind für alle ihre Handlungen dieser gegenüber verantwortlich.

Aber als Grundsatz für diese Arbeit muss gelten: Nach aussen vollständige Unabhängigkeit der Blocks von der K.P. Strengste Trennung der Kassengeschäfte zwischen K.P. und den Blocks und damit auch formelle Scheidung der Fraktionsgelder von den Blocksgeldern.

Das ist so einfach und selbstverständlich, dass wir nicht verstehen koennen, warum dazu so viele Richtlinien und Vorschriften noetig sind. Die Situation in Westeuropa ist so ernst, die Lage in den Gewerkschaften für uns so günstig, dass es geradezu wahnsinnig wäre, wenn durch eine offene Parteikrise in Oesterreich unsere Arbeit nicht nur in Eurem Lande, sondern auch in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern gestoert würde. Wir machen Euch und allem Genossen mit dem grössten Ernst auf Eure schwere Verantwortung gegenüber dem gesamten revolutionären Proletariat aller Länder aufmerksam, dass auch allein dieser Hinweis schon genüge um alle Genossen zu veranlassen, Differenzen in kameradschaftlicher Weise auszutragen.

18.I.1923.

x

Im Auftrage des Vollzugsbüros d.R.G.I.  
August E N D E R L E, x

unfertig

An die  
Partei-Zentrale der Kommunistischen Partei  
ÖSTERREICHS

Werte Genossen!

Anlässlich der letzten Nachrichten aus Oesterreich hat das Präsidium eine Kommission eingesetzt, die von folgenden Dokumenten Kenntnis genommen hat:

- a) Brief des Gen. Franz Koritschoner von 3. I. 1923.
- b) Beschlüsse des Parteivorstandes über die Richtlinien in Bezug auf Sammlungen.
- c) drei Anträge des Gen. Frey an den Parteivorstand zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.
- d) Erklärung der Gen. K. Toman, F. Koritschoner, und Jakob Riehs über die Unterordnung der gewerkschaftlichen Arbeit der Kommunisten unter die Direktiven des Parteivorstandes.
- e) Antrag des Gewerkschaftsrates an den Parteivorstand über die gewerkschaftlichen Fraktionen und Blocks.
- f) Brief des Genossen AAAAAA vom 4. I. 1923.

\*\*\*\*\*

E.K.K.I.

I.

Auf Grund der vorliegenden Dokumenten kann man nicht konstata-  
lieren, dass es sich um irgendwelche prinzipiellen Meinungs-differenzen  
handelt. Auch die Minderheit des Parteivorstandes, die Gen. Toman, Korit-  
schoner, Riehs, erklären ausdrücklich, dass sie die Unterordnung der gewerk-  
schaftlichen Arbeit unter den Direktiven der K.P. und ihrer Organe-  
was Gen. Frey beantragt-für eine Selbstverständlichkeit halten. Sie  
sprechen nur ihre Zweifel aus, ob nicht die von Gen. Frey beantragten  
Beschlüsse von der Mehrheit des gegenwärtigen Parteivorstandes in  
einer für die Partei abträglichen Weise gehandhabt werden würden.

Die Anträge des Gen. Frey enthalten in der Tat einige soweit  
gehende detaillierte Regelungen der gewerkschaftlichen Arbeit, dass man  
Grund hat, dem Parteivorstand vor einer allzu kleinlichen Kontrolle  
und Einmischung in der Arbeit der gewerkschaftlichen Arbeit Komfrak-  
tionen und Blocks abzuraten. Es dürfte in der Praxis genügen, wenn der  
Parteivorstand den Vorsitzenden und den Sekretär der Komm. Fraktionen  
des Gewerkschaftsrates, bzw. den Kandidaten der Fraktion zum Vorsitzenden  
und Sekretär des Gewerkschaftsrates bestimmt. Alle ihre übrigen Vertrau-  
ensleute und Kandidaten sollte man lieber die komm. Fraktion selbst  
wählen lassen. Der Parteivorstand soll auch sonst nur die wichtigsten  
Schritte der komm. Fraktionen unmittelbar regeln und leiten, im übrigen  
der Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten eine gewisse Bewegungsfreiheit  
geben. Das Bedürfnis nach einer solchen Bewegungsfreiheit entspringt  
durchaus nicht immer einer falschen, zu bekämpfenden Tendenz, sondern  
kann durch die gegenwärtigen Bedingungen der revolutionären Arbeit in  
den österreichischen Gewerkschaften sehr gut motiviert sein. Um eine  
grosse oppositionelle Massenbewegung in den Reihen der Gewerkschaften  
Oesterreichs erfolgreich zu entwickeln und zu organisieren-und diese  
Aufgabe ist ausserordentlich wichtig für Euch-ist ohne H. Zweifel ein weiter  
Blick, Flugheit und Mut in der Leitung dieser Arbeit erforderlich. Sofern  
diese Arbeit ~~günstig~~ gut gelingt, wird die revolutionäre Gewerkschafts-  
bewegung sich um ein Vielfaches erweitern, vielleicht viel rascher als  
die kommunistische Partei, und in diesem Falle müssen die kommunistisch  
Fraktionen und die Kommunistische Partei dazu bereit sein, dass sie  
zeitweilig als eine relativ kleine Minderheit diese Bewegung leiten zu  
werden. Sie müssen deshalb auch verstehen, alle Methoden der mechanis-  
chen Beherrschung durch die Methoden der politischen Beeinflussung  
zu ersetzen, d.h. nicht mehr ihre Leitung nur auf eine numerische  
Mehrheit, sondern auf ihre politische Autorität und organisatorische  
Arbeit zu stützen. In materieller Hinsicht soll die revolutionäre  
Gewerkschaftsbewegung auf eigenen Füßen stehen, d.h. sie soll in stände  
sein ohne materielle Unterstützung durch die Partei zu kommen und  
andereits soll die Partei sie nicht finanziell exploitiere. Die regel-  
mässige Ausgaben sowohl zur Unterstützung der Komitee wie auch für  
für die Kosten der Propaganda und Verwaltung sollen durch die Beiträ-  
ge der revolutionären Blocks und durch ihre allgemeinen Sammlungen



Amsterdam, den 23. I. 1923

# Wertes Genosse Frey!

Da ich seitdem keine Nachricht erhalten habe, so ist es mir sehr lieb, dass du meine Meinung über die Frage der Bewegung der Arbeiter ist und auch für die Bewegung der Arbeiter ist. Ich bin sehr froh, dass du meine Meinung über die Bewegung der Arbeiter ist und auch für die Bewegung der Arbeiter ist.

Ich habe mich sehr über die Meinung der Arbeiter über die Bewegung der Arbeiter gefreut. Ich bin sehr froh, dass du meine Meinung über die Bewegung der Arbeiter ist und auch für die Bewegung der Arbeiter ist. Ich bin sehr froh, dass du meine Meinung über die Bewegung der Arbeiter ist und auch für die Bewegung der Arbeiter ist.

Ich habe mich sehr über die Meinung der Arbeiter über die Bewegung der Arbeiter gefreut. Ich bin sehr froh, dass du meine Meinung über die Bewegung der Arbeiter ist und auch für die Bewegung der Arbeiter ist. Ich bin sehr froh, dass du meine Meinung über die Bewegung der Arbeiter ist und auch für die Bewegung der Arbeiter ist.

selbst und in demselben Briefe auch ganz allgemein als einmündige Subjekte  
in Betrachtung und auch selbst als mündige Personen in allen mit einem gesetzlichen  
Namen in einem Gebiet wo die Arbeit im Ganzen standes mit dem Vater  
wenn es dem Grunde die Sache ist selbst mit einer Leistung. Aber nach dieser Sache  
ist es nicht die Sache nicht zu sein zu sein als es selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
Arbeitern nicht zu sein ist sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr  
so Mann ist nur ein Mann ist es nicht ein Mann ist es nicht ein Mann ist es nicht ein Mann  
wird selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
den Namen selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
mit sich selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
das eigene Geschäft die die die die die die die die die die die die die die die die die  
bis zum Ende der Welt mit einem Mann selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
Arbeit und Geschäft selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
bringen nicht auf selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
S. O. Arbeit die in einem Gebiet selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
den bis die selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
alles mit selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
als selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
ist nicht selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
mit einer selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
als selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
Arbeit die selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
ist nicht selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst selbst  
Arbeit.

Martin Gumpel's Antrag an die Versammlung.

I. Man beschliesse sich einem Antragsteller auf  
die Forderung von anderen Antragstellern, so wie  
die Beibehaltung des Kapitel. Es ist mir nicht  
klar weshalb ein Antragsteller einen Antragsteller  
Martin Gumpel's Antrag an die Versammlung.

II. Man solle die Beibehaltung des Kapitel nicht auf  
die Beibehaltung des Kapitel beschränken, sondern  
auch die Beibehaltung des Kapitel beschränken.  
Es ist mir nicht die Meinung des Kapitel sondern die Beibehaltung  
des Kapitel beschränken, dass Kapitel für die Beibehaltung  
des Kapitel beschränken zu lassen. Es müsste der



Wien 24. Jänner 1923

An den Parteivorstand der K. L. O.

Werte Genossen!

Zur Klärung unserer Stellungnahme sollen wir bezüglich Ihres Beschlusses vom 9. d. M. als Ergänzung auf unsere Resolution folgenden Satz:

1. Unterstreifen wir ausdrücklich die vollkommene Übereinstimmung mit dem Parteivorstand, daß die komm. Gewerkschaften der Partei untergeordnet sein müssen.

2. Es geht sich heraus, daß wir weder im allgemeinen noch im speziellen (für die Massengewerkschaft auf Kosten des Zentralismus) eine Lockerung zwischen Partei und Gewerkschaft weder einsehen noch verlangen.

3. Wichtig ist vollstän- dig - wie es um 4. Malteberg geht über die spezifische Frage zur Geltung kommt - daß die Partei den Unvorsichtigen Kongressen weder machen darf noch kann, weshalb wir mit die Kongresse in A. G. J. sehen, und nur von solchen in ihrer vereinzelten und aktiven Einwirkung absehen.

4. Es geht sich heraus, daß wir die folgende, daß wir mit der Veröffentlichung der im Parteivorstand Resolutionen Politik gewonnen haben. Der Ursprung für die absolute Notwendigkeit der Veröffentlichung ist un- er- lä- ß- lich gegeben. Wir sehen daher durch die Veröffentlichung mit Wahrheit und Keinlei Worte, nicht mit für die komm. Gewerkschaften, welche für die A. G. J. überführt, - eine Wahrheit galt wohl nicht genü- gend Partei vorstand und spezifische Spezialisten entfalten wird, welch in folge ihren in Reihen der A. G. J. widerwärtigen Verhinderung, entfalten werden ka-

5. Es sehen wir in ihrem Beschluss (Punkt 4) einen Widerstreif galt gegen ihren un- er- lä- ß- lich gegeben taktische Entscheidung als nicht bestimmt. Der in un- er- lä- ß- lich gegeben schwierigen und verpflichtigen Werk (wie es in ihrem Beschluss steht) ist, gestützt auf ihren spezifische Entscheidung, den Ursprung ein- mal all ihren Entscheidung. Es ist un- er- lä- ß- lich gegeben nicht und Konsequenz gegen die Entscheidung steht, daß diese Werk, eine im so stark abgegrenzt und un- er- lä- ß- lich gegeben im so stark abgegrenzt und un- er- lä- ß- lich gegeben in ihren Entscheidung erfordert. Der Ursprung der Veröffentlichung für Resolutionen wird über diese verpflichtigen Werk un- er- lä- ß- lich gegeben und es ble- ibt in der hohle Entscheidung der Zentralismus ohne Stills und Stills über.

b. Dies soll dieser Forderung voraus sein und führt auf die  
Überzeugung des für veröffentlichten Kaputives, im Sinne der Veröffentlichung  
im taktischen, mit abwechselnd im taktischen fallen der Parteiversammlung oder  
mit dth.

Mit Parteigruppen,  
Gruppensitzungen

Kretsch

## RESOLUTION

=====

### der kommunistischen Fraktion des erweiterten Gewerkschaftsrates .

In der Sitzung am 25. Jänner 1923 hat die kommunistische Fraktion des erweiterten Gewerkschaftsrates neuerdings der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass durch die jetzt stattfindende Diskussion in der „Roten Fahne“ über die Probleme der Gewerkschaft, Artikel veröffentlicht werden, die sowie die Artikel des Genossen Frey geeignet sind, die Arbeit der Genossen in den Betrieben zu erschweren.

Die kommunistische Fraktion des erweiterten Gewerkschaftsrates mahnt daher, das Problem der Gewerkschaft nicht in der bisher üblichen Weise in der Presse zu behandeln.

Diese Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme (Vertreter der Jugend) angenommen.

Wien, 27. Jänner 1923.

An die kommunistische Fraktion des Gewerkschaftsrates.

Werte Genossen !

Damit das pol. Büro dem Parteivorstand Vorschläge machen könne zur Stellungnahme des Parteivorstandes zu Eurer Resolution vom 25. Jänner, ersuchen wir Euch:

- 1.) uns konkret anzugeben, welche Sätze aus den Diskussionsartikeln die Arbeit der Genossen in den Betrieben erschweren,
- 2.) uns auch die Gründe anzugeben, die Euch zu der Auffassung veranlassen, dass die betreffenden, von Euch konkret beanstandeten Sätze die Arbeit in den Betrieben erschweren.

Mit Parteigruss

Organisatorisches Rundschreiben Nr. 13, Betrifft die  
Ordnerfrage.

Durch den Austritt der Kommunistischen Partei aus dem Arbeiterrat haben sich vielfach in Bezug auf die Ordnerwehr Missverständnisse eingeschlichen. Wir bringen daher den Organisationen folgendes zur Kenntnis:

1.) Der Austritt der K.P. aus dem Arbeiterrat bedeutet nicht den Austritt aus der Ordnerwehr. In allen Orten, wo eine Ordnerwehr besteht, haben daher alle unsere Genossen dafür zu sorgen, dass alle wehrfähigen Mitglieder der K.P. Mitglieder der Ordnerwehr werden. Wir müssen überhaupt trachten, die Ordnerwehr zu einer Massenorganisation aller wehrfähiger klassenbewusster Proletarier zur Verteidigung der proletarischen Interessen zu machen.

Wenn die sozialdemokratischen Mitglieder der Ordnerwehr den Eintritt unserer Genossen in dieselbe verhindern wollen, dann haben die Genossen die Pflicht, dem Reichssekretariat der Partei diese Angelegenheit sofort zur Kenntnis zu bringen.

Besteht in einem Orte, wo sich eine Organisation der K.P. befindet, keine Ordnerwehr, dann müssen unsere Genossen die Initiative zur Organisation derselben ergreifen.

2.) Die Beitragsleistung für die Ordnerwehr hat auf alle Fälle zu erfolgen. Ergeben sich Schwierigkeiten bei der Einkassierung im Betriebe, dann muss dieselbe durch die Parteiorganisation erfolgen. Auf alle Fälle ist aber darauf zu achten, dass die Beiträge, die unsere Genossen für die Ordnerwehr leisten, nicht für den Arbeiterrat verwendet werden. In der Wiener Organisation geschieht das meistens so, dass unsere Genossen 50 Prozent des Beitrages der für den Arbeiterrat einkassiert wird, für die Ordnerwehr leisten.

3.) Aufgabe unserer Genossen in der Ordnerwehr ist, dafür zu sorgen, dass die Ordnerwehr wirklich ein Kampfinstrument für das Proletariat wird und nicht zu einem Instrument gegen das Proletariat. Unsere Genossen müssen durch die aktive Betätigung an den Sitzungen, Versammlungen, Übungen, mit gutem Beispiel vorangehen. Wird einem kommunistischen Genossen eine Funktion in der Ordnerwehr übertragen, dann hat er mit allem Pflichtbewusstsein dieselbe auszuüben.

4.) Damit die kommunistische Organisation und die einzelnen Genossen untereinander eine Kontrollmöglichkeit über die Mitarbeit jedes Kommunisten in der Ordnerwehr haben, muss die Lokalorganisation des betreffenden Ortes dafür sorgen, dass die engste Fühlung unter den kommunistischen Mitgliedern der Ordnerwehr besteht.

Die Aufgabe, für diese engste Fühlungnahme der kommunistischen Ordner untereinander und für die stete Fühlungnahme der kommunistischen Ordner mit den Lokalausschüssen zu sorgen, hat der Ordner-Referent der Lokalorganisation, und ist derselbe von dem bezüglichen Lokalausschuss, beziehungsweise von der bezüglichen Landesleitung strengstens anzuhalten und zu kontrollieren. Die Landesleitungs- und Lokalausschuss-Ordnerreferenten haben engste Fühlung zu halten mit der Parteizentrale und zwar durch Vermittlung des Reichssekretärs für Organisation, dem die Beantwortung der Ordnerfragen zugewiesen ist.

Der aufsteigenden Reaktion muss ein Kampfinstrument entgegengesetzt werden. Jeder Kommunist ist verpflichtet dafür zu arbeiten, dass die Ordnerwehr diese Aufgabe erfüllt. Die Organisationen müssen dieser Frage viel mehr als bisher Augenmerk schenken und regelmäßig das Reichssekretariat für Organisation und ihre Landesleitung über die Vorgänge und Entwicklung der Ordnerorganisation durch Berichte informieren. Das Reichssekretariat wird auf diesem Wege jeweilig den Organisationen die hierfür notwendigen Richtlinien für die Arbeit auf diesem Gebiete übermitteln.

Mit Parteigruss  
Für das Orgbüro

Gruber Frey  
Reichssek.f.Org. i.V.

DR. ALFRED ADLER  
NERVENARZT

WIEN, 28/1 1923.  
I. DOMINIKANERBASTEI 10

Josef  
Herrn Dr. ~~Herr~~ Frey, Wien.

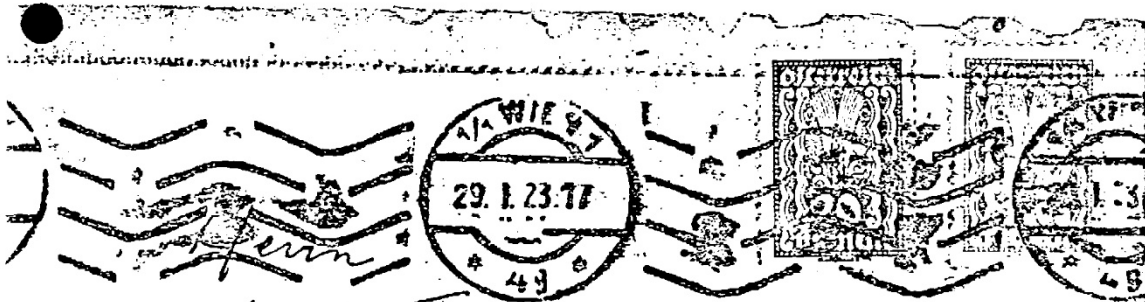
Sehr geehrter Herr Doktor!

Anlässlich Ihrer Anfrage erlaube ich mir  
Ihnen mitzutheilen, dass ich niemals Ihre Besorgen  
oder Ihres Gesinnungskreislaufes wegen befragt  
würde, und dass ich niemals eine Auskunft, ge-  
schweige denn eine Heilmaßnahme, geben werde.

Vielleicht darf ich noch Ihnen gegenüber meine  
Feststellung mitteilen, die Ihnen ja bekannt ist,  
dass Sie vor ungefähr einem Jahre an einem  
neurischen Kopfschmerz gelitten hatten, der keinerlei  
abnorme Bedeutung hatte.

Mit Grüssen

Alfred Adler.



Herrn  
Dr. J. Frey

Wien XII/1 Schönbrunnerstr.  
236